



4 | 2004

57. Jg., 8.–9. KW, 27. Februar 2004

ifo Schnelldienst

Kommentar

Bernd Raffelhüschen und Jörg Schoder

- Die Freiburger Zwei-Flanken-Strategie zur Wohneigentumsförderung

Daten und Prognosen

Joachim Gürtler und Arno Städtler

- Leasingbranche: Weitere Aufhellung des Geschäftsklimas

Erich Gluch

- Bauvorausschätzung
Stabilisierung der Nachfrage nach Wohnungen

Gernot Nerb und Anna Stangl

- Konjunkturaufschwung gewinnt weltweit an Stärke

Oscar-Erich Kuntze

- Schweden: Konjunktur im Aufwind von Export und Inlandsnachfrage

Im Blickpunkt

- Beschäftigungsentwicklung in den OECD-Ländern

Hans G. Russ

- ifo Konjunkturtest Februar 2004

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Prof. Dr. Gebhard Flaig,
Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel, Dr. Heidemarie C. Sherman, Dr. Martin Werding.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Druck: Fritz Kriechbaumer, Taufkirchen.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Kommentar

Die Freiburger Zwei-Flanken-Strategie zur Wohneigentumsförderung

Bernd Raffelhüschen und Jörg Schoder

3

Mit der *Freiburger Zwei-Flanken-Strategie* bringen Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen und Jörg Schoder, Universität Freiburg, ein Konzept zur Wohneigentumsförderung in die Diskussion ein, das der doppelten Funktion des Wohneigentums, Alters- und Generationenvorsorge, und der Notwendigkeit einer verstärkten privaten Vorsorge zur Abfederung des zu erwartenden Alterungsprozesses Rechnung tragen soll. Grundidee ihres Reformvorschlages ist es, den Individuen eine Wahlfreiheit einzuräumen, welche Förderung sie in Anspruch nehmen möchten. Bei einer Entscheidung für Immobilien als Form der Altersvorsorge erfolgt eine Förderung gemäß dem AVmG, bei vollständiger Gleichstellung der Immobilien mit den bislang zertifizierten Vorsorgeprodukten. Durch die Gleichstellung des Wohneigentums könnten die bisherigen Formen der (An-)Sparförderung (Wohnungsbauprämie und der Arbeitnehmersparzulage) ersetzt werden. Ist hingegen mit der Wohneigentumsbildung ein Beitrag zur Generationenvorsorge beabsichtigt, so wird diese mit einer »Generationenzulage« gefördert, allerdings nur für Familien mit Kindern bei geringeren Grund- und höheren Kinderzulagen.

Daten und Prognosen

Leasingbranche: Weitere Aufhellung des Geschäftsklimas, Investitionsmüdigkeit wird nur langsam überwunden

Joachim Gürtler und Arno Städtler

7

Nach den neuesten Ergebnissen des ifo Konjunkturtests Leasing stieg der Geschäftsklimaindex im vierten Quartal 2003 bereits zum vierten Mal in Folge und ist so gut wie seit fast drei Jahren nicht mehr. Positiv ist vor allem, dass die Leasinggesellschaften nicht nur auf eine bessere Zukunft hoffen, sondern auch ihre derzeitige Geschäftslage günstiger beurteilen. Fast jedes vierte Unternehmen bewertete die Lage als günstig, 73% als befriedigend, und nur noch 3% Testteilnehmer empfanden den augenblicklichen Geschäftsverlauf als schlecht. Bei der Beschäftigungsentwicklung zeichnen sich aber kaum positive Tendenzen ab. Wieder etwas häufiger als zuvor, berichteten 62% der Leasingunternehmen über Behinderungen der Geschäftstätigkeit, wobei jedes dritte über die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen klagte.

Stabilisierung der Nachfrage nach Wohnungen auf niedrigem Niveau

Erich Gluch

11

Die deutsche Bauwirtschaft hat den heftigsten Nachfrageeinbruch der Nachkriegszeit hinter sich. Nach den ifo Konjunkturumfragen hellte sich seit dem Sommer letzten Jahres das Geschäftsklima bei den Architekten und seit dem Herbst auch bei den Bauunternehmen wieder sichtlich auf. Auch die mittel- und langfristige Entwicklung wird einen – wenn auch moderaten – Aufwärtstrend aufweisen. Zu diesem Ergebnis kommt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in seiner dritten Ausgabe der Bauvorausschätzung Deutschland mit Prognosen für die nächsten zehn Jahre. Nach den Berechnungen des ifo Instituts wird das durchschnittliche reale Wachstum der Baunachfrage im Verlauf der nächsten zehn Jahre nur rund $\frac{2}{3}\%$ p.a. betragen. In der analysierten Zehn-Jahres-Periode 2004 bis 2013 dürften rund 3,15 Mill. Wohnungen fertiggestellt werden, davon allein knapp 1,8 Millionen in neu errichteten Ein- und Zweifamilienhäusern. Im Nichtwohnbau wird der öffentliche Bau weiterhin an Bedeutung verlieren; im Wirtschaftsbau wird sich hingegen spätestens ab der Mitte des Jahrzehnts wieder eine deutliche Belebung der Nachfrage einstellen.

Konjunkturaufschwung gewinnt weltweit an Stärke

Gernot Nerb und Anna Stangl

18

Im Januar 2004 hat das ifo Institut zum 83. Mal seine weltweite Umfrage »ifo World Economic Survey« kurz WES, bei über 1 100 Wirtschaftsexperten multinationaler

Unternehmen und kompetenter Institutionen in 92 Ländern durchgeführt. Nach den Ergebnissen hat sich der WES-Indikator für das Weltwirtschaftsklima zum dritten Mal in Folge deutlich verbessert und liegt inzwischen auf einem Stand von 111,0 Punkten. Der Anstieg des Indikators ist diesmal vor allem den günstigeren Urteilen zur gegenwärtigen Lage zuzuschreiben. Aber auch die bisher schon optimistischen Erwartungen für die nächsten sechs Monate haben sich nochmals leicht gebessert. Insgesamt sind die neuen Umfrageergebnisse ein weiteres Indiz dafür, dass der Konjunkturaufschwung weltweit Tritt gefasst hat und in den nächsten Monaten weiter an Stärke gewinnen wird.

Schweden: Konjunktur im Aufwind von Export und Inlandsnachfrage

24

Oscar-Erich Kuntze

Das schwedische Wirtschaftswachstum wies 2003 moderat aufwärts, obwohl auch hier der Irak-Krieg und der starke Ölpreisanstieg im Frühjahr gebremst haben. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm um 1 $\frac{1}{2}$ % und damit stärker als der westeuropäische Durchschnitt zu. Auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte sich die Lage deutlich, die Arbeitslosenquote erhöhte sich im Jahresdurchschnitt auf 5 $\frac{1}{2}$ %. Die Lebenshaltungskosten stiegen um 2,3%. 2004 dürfte das reale BIP nur um etwa 2 $\frac{1}{4}$ % expandieren. Die Arbeitslosenquote wird sich im Schnitt des Jahres auf 5 $\frac{3}{4}$ % erhöhen, und die Konsumentenpreise werden um 1 $\frac{1}{2}$ % über dem Niveau von 2003 liegen. 2005 dürfte das reale BIP um annähernd 2 $\frac{3}{4}$ % steigen. Die Arbeitslosenquote wird auf 5 $\frac{1}{2}$ % sinken und die Preissteigerung annähernd 2% betragen.

Im Blickpunkt

Beschäftigungsentwicklung in den OECD-Ländern

33

Ein Anstieg der Erwerbstätigenzahl und des Arbeitsvolumens in einem Land lässt noch nicht erkennen, ob auch eine Verbesserung der Beschäftigungssituation eingetreten ist, denn die Bevölkerungsentwicklung sollte ebenfalls berücksichtigt werden. Deshalb muss das Arbeitsvolumen zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bzw. zur (potentiellen) Zahl an Arbeitsstunden, welche die Bevölkerung bei vollem Arbeitseinsatz leisten könnte, in Beziehung gesetzt werden. Das heißt, es muss der »Auslastungsgrad« des Faktors Arbeit berechnet werden. Dabei wird in der Regel davon ausgegangen, dass pro Jahr 2080 Stunden gearbeitet werden. Die Berechnungen zeigen, dass als Folge des Anstiegs der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter das Arbeitsvolumen pro Kopf sich nur unwesentlich ändert. Die Entwicklung ist aber von Land zu Land sehr unterschiedlich. Einem deutlichen Anstieg des Auslastungsgrades in den Niederlanden und in den USA und einem geringen Anstieg in Spanien steht ein Rückgang in allen anderen betrachteten Ländern gegenüber. Dieser Rückgang ist in Japan, Frankreich und Westdeutschland beträchtlich.

ifo Konjunkturtest Februar 2004 in Kürze

34

Hans G. Russ

Das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland hat sich im Februar nach der kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung in den neun Monaten davor wieder etwas verschlechtert. Ausschlaggebend hierfür waren die weniger optimistischen Erwartungen der Unternehmen, vor allem in Westdeutschland. An der immer noch unbefriedigenden Geschäftslage hat sich im Durchschnitt nichts Wesentliches verändert, sie hat sich in den alten Bundesländern etwas verbessert, in den neuen Bundesländern leicht eingetrübt. Aus der Abkühlung des Geschäftsklimas sollte allerdings noch keine bevorstehende Trendwende abgeleitet werden. Mit einer solchen ist erfahrungsgemäß erst zu rechnen, wenn der Klimaindikator mindestens dreimal in Folge in die gleiche Richtung weist. Vielmehr ist zu vermuten, dass sich bei den vielleicht zu optimistischen Erwartungen eine gewisse Korrektur ergeben hat, zumal die tatsächliche konjunkturelle Entwicklung nur langsam an Fahrt gewinnt.

Der Tenor verschiedenster Studien, die eine Gesamtbetrachtung des deutschen Wohnungsmarktes vornehmen, ist hinsichtlich der mittel- bis langfristigen Prognosen eindeutig: Die Bevölkerungsalterung wird zukünftig zu einer deutlichen Entspannung der Immobilienmärkte in Deutschland beitragen.¹ Im politischen Prozess war die Bevölkerungsentwicklung daher ein wesentlicher Grund zur Rechtfertigung eines Subventionsabbaus im Wohnungssektor. Dieser ist zwar vor dem Hintergrund desolater öffentlicher Haushalte generell zu begrüßen, jedoch lassen die konkreten Maßnahmen im Haushaltsbegleitgesetz 2004 keine klare Linie für die künftige Wohneigentumsförderung erkennen.

An die Stelle der bisher nur wenig ausgetragenen Reformmaßnahmen sollte steuersystematisch konsistent die *Freiburger Zwei-Flanken-Strategie* treten, die sich aus der doppelten Funktion des Wohneigentums ableiten lässt und dabei der Notwendigkeit einer verstärkten privaten Vorsorge zur Abfederung des zu erwartenden Alterungsprozesses Rechnung trägt. Als doppelte Funktion des Wohneigentums gilt dessen Beitrag zur Alters- und zur Generationenvorsorge: Neben der Wohnkostensparnis im Alter, die unzweifelhaft eine bedeutende Form der *Altersvorsorge* darstellt, birgt das selbstgenutzte Wohneigentum durch die Möglichkeit der Vererbung gleichzeitig auch eine (potentielle) Entlastungswirkung für kommende Generationen in sich (*Generationenvorsorge*). Entsprechend sieht die *Freiburger Zwei-Flanken-Strategie* zwei alternative Förderflanken vor, zwischen denen sich die Bürger grundsätzlich frei entscheiden können. Bei einer Entscheidung für Immobilien als Form der Altersvorsorge erfolgt eine Förderung gemäß dem AVmG, bei vollständiger Gleichstellung der Immobilien mit den bislang zertifizierten Vorsorgeprodukten. Die Gleichstellung des selbstgenutzten Wohneigentums im AVmG (und nur dann) soll dabei durch die Überführung der bisherigen Anspärförderungen (Wohnungsbauprämie und der Arbeitnehmer-Sparzulage) in die »Riester-Förderung« erreicht werden. Neben Konsistenz wird dadurch

auch mehr Transparenz hinsichtlich der staatlichen Förderung der Vermögensbildung geschaffen. Ist hingegen mit der Wohneigentumsbildung ein Beitrag zur Generationenvorsorge intendiert, so erfolgt im Rahmen der *Freiburger Zwei-Flanken-Strategie* eine Förderung nach dem Vorbild der Eigenheimzulage, allerdings nur für Familien mit Kindern bei geringeren Grund- und höheren Kinderzulagen.

Die Förderflanke Altersvorsorge

Trotz der weitgehenden Akzeptanz des Beitrags, den das Wohneigentum zur Altersvorsorge leisten kann, erfolgte die bisherige Einbeziehung des Wohneigentums in das AVmG nur unsystematisch in Form der Regelungen zum Altersvorsorge-Eigenheimbetrag (im Folgenden als Entnahmeregelung bezeichnet). Weil die geltende Entnahmeregelung aus verschiedenen Gründen zu kritisieren ist², erscheint eine systematischere Integration der Wohneigentumsbildung in das AVmG dringend notwendig. Das im Folgenden erläuterte Konzept beschränkt sich dabei auf die Gleichstellung des selbstgenutzten Wohneigentums im AVmG.

Den Ausgangspunkt des Reformvorschlags bildet ein fiktives »Immobilien-Altersvorsorgekonto«. Für Einzahlungen auf dieses Konto gelten dieselben Förderungsgrundsätze wie für die übrigen zertifizierten Altersvorsorgeprodukte, d.h. entsprechende Sonderausgabenabzugsfähigkeit und/oder Zulagen für die Sparer. Eine Entnahme zum Zwecke der Bildung selbstgenutzten Wohneigentums ist dabei grundsätzlich zu jedem Zeitpunkt möglich. Als weitere Neuerung wird vorgeschlagen, das Tilgungssparen, welches



Bernd Raffelhüschen*



Jörg Schoder*

* Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen ist Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg, Jörg Schoder ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter.

¹ Vgl. dazu Just (2003), Simons (2003) und Voß (2001). Allerdings können in »regionalen und qualitativen Teilmärkten« durchaus auch zukünftig (vorübergehende) Versorgungsengpässe auftreten. Vgl. dazu Just (2003), von Roncador (2000) und Pfeiffer (2001).

² Vgl. dazu ausführlich Raffelhüschen und Schoder (2004, 35 ff.) und Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. (DWWSR) (2002).

bei der Wohneigentumsbildung eine bedeutende Rolle spielt, in der Phase nach dem Eigentumserwerb bis zum Rentenalter ebenfalls als Sonderausgaben abzugsfähig zu machen.³

Eine derartige Gleichstellung der Wohneigentumsbildung im Rahmen des AVmG erfordert im Gegenzug eine entsprechende Neuregelung der steuerlichen Behandlung. Im Rahmen der *Freiburger Zwei-Flanken-Strategie* erfolgt zu diesem Zweck eine nachgelagerte Besteuerung. Damit wird zum einen Konsistenz bei der Behandlung der Anlagealternativen erreicht. Zum anderen werden die positiven Zins- und Liquiditätseffekte beibehalten, die als wesentliche Vorteile der Entnahmeregelung – gerade für jüngere (Schwellen-)Haushalte – gelten.⁴ Weil beim selbstgenutzten Wohneigentum – im Unterschied zu den regulären zertifizierten Altersvorsorgeverträgen und auch dem vermieteten Wohneigentum – im Zeitraum der Besteuerung (also im Rentenalter) keine Liquidität zufließt, könnte die nachgelagerte Besteuerung zunächst unangebracht erscheinen. Der positive Liquiditätseffekt (sowie der Zinseffekt) überwiegen diesen Gesichtspunkt jedoch. Für eine nachgelagerte Besteuerung spricht weiterhin, dass dadurch eine insgesamt gleichmäßigere Belastung des Wohneigentümers über seinen Lebenszyklus erreicht werden kann. Denn die nachgelagerte Besteuerung erfolgt im hier vorgeschlagenen Modell in einer Lebensphase, in der die Wohnkosten des Selbstnutzers am geringsten sind. So scheidet nicht nur aus Gründen der Konsistenz eine vorgelagerte Besteuerung der angesparten Beträge zum Zeitpunkt des Erwerbs aus, wie sie von der Kommission des DVWSR (2002) aufgrund ihrer verwaltungsvereinfachenden Wirkung in Erwägung gezogen wird.

Die nachgelagerte Besteuerung kann prinzipiell auf zwei verschiedene Arten erfolgen, wobei die Entscheidung für eine der Alternativen durch die Politik getroffen oder den Betroffenen selbst überlassen werden kann. Beiden Alternativen ist gemein, dass zunächst ein fiktiver Vermögenswert berechnet wird, der dem Bestand an gefördertem Wohneigentum entspricht. Zur Berechnung des Bestandes an gefördertem Wohneigentum W werden dabei schlicht die Sparbeträge inklusive Verzinsung und der gewährten »Riester-Förderung« kumuliert. Bei gleichbleibenden jährlichen Sparbeträgen inklusive Zulagen S kann der Bestand an gefördertem (selbstgenutzten) Wohneigentum wie folgt berechnet werden:

$$(1) \quad W = S \cdot \frac{(1+r)^{n+1} - 1}{r}$$

Dabei steht n für den Zeitraum, in welchem in den Immobilienpfand eingezahlt wird, und r für eine fiktive Rendite des selbstgenutzten Wohneigentums. Als solche kann zum Beispiel die durchschnittliche Verzinsung der Riester-Produkte dienen. Alternativ ist die Verzinsung langfristiger

Staatsanleihen oder jene auf nicht zurückgezahlte Beträge bei förderschädlicher Verwendung als Anhaltspunkt denkbar.

Eine jährliche nachgelagerte Besteuerung kommt dem Leitbild der nachgelagerten Besteuerung im AVmG nahe und stellt die erste der beiden Alternativen dar. Streng genommen müsste eine solche jährlich nachgelagerte Besteuerung auf den Nutzungswert abstellen, was beim selbstgenutzten Wohneigentum aufgrund des geltenden Konsumgutmodells nicht möglich scheint. Mit dem »Umweg« des fiktiven Vermögenswerts ist jedoch auch im Rahmen des Konsumgutmodells eine nachgelagerte Besteuerung relativ einfach zu administrieren. Die Bemessungsgrundlage B_j kann durch die Annuitisierung des fiktiven Vermögenswerts auf eine bestimmte Periode (beispielsweise 10 bis 15 Jahre) berechnet werden:

$$(2) \quad B_j = W \cdot \frac{(1+r)^n \cdot r}{(1+r)^n - 1}$$

Dabei steht r erneut für den entsprechenden Zinssatz (s.o.), n für die Periodendauer. Die Periodendauer kann dabei beispielsweise auf 10 bis 15 Jahre gesetzt werden. Auf diese jährliche Bemessungsgrundlage ist dann, analog zu den übrigen zertifizierten Altersvorsorgeprodukten, der persönliche Grenzsteuersatz des jeweiligen Jahres anzuwenden.

Die zweite Alternative sieht hingegen eine pauschalierte Besteuerung im Sinne einer Abgeltungssteuer auf den fiktiven Vermögenswert W vor. Der Steuersatz könnte beispielsweise bei 25% liegen, wie dies für die aktuell diskutierte Abgeltungssteuer auf Zinserträge vorgesehen ist. Um mögliche Zahlungsschwierigkeiten zu vermeiden, könnte die entsprechende Steuerschuld in Anlehnung an den §23 Erbschaftsteuergesetz (ErbStG) auf beispielsweise 10 bis 15 Jahre (analog zu Alternative 1) gestreckt werden. Alternativ kann die Steuer auch erst am Lebensende entrichtet werden. Eine Begleichung zum Zeitpunkt des Renteneintritts ist zwar ebenfalls denkbar, scheint aber aus Liquiditätsgründen problematisch. Unabhängig von der gewählten Variante wird eine eventuell verbleibende Steuerschuld im Todesfall stets auf die Erben übertragen.

Durch diese Ausgestaltung der Altersvorsorgeflanke können gesamtwirtschaftlich problematische Verzerrungen zu Lasten beleih- und vererbbarer Formen der Ersparnisbildung

³ Für eine solche Behandlung sind Entschuldungsprozesse im Immobilienbereich geeignet, weil hier regelmäßige Ein- bzw. Rückzahlungen erfolgen, die mit dem Riester-Konzept sehr gut vereinbar sind. Entsprechend fordert auch die Kommission des DVWSR (2002) die Sonderausgabenabzugsfähigkeit des Tilgungssparens.

⁴ Der Liquiditätseffekt besteht in der Verfügbarkeit von Eigenmitteln zum Zwecke der Wohneigentumsbildung. Der Zinseffekt ergibt sich, wenn der Soll-Zins über der Rendite des Altersvorsorgevertrags liegt. Dann kann durch die Entnahme eine Zinsersparnis im Vergleich zu einer entsprechenden Kreditaufnahme realisiert werden (vgl. DVWSR 2002, 22).

vermieden werden, wie sie sich beispielsweise durch die Verschärfung der Annuitisierungsanforderungen im »Drei-Schichten-Modell« der »Sachverständigenkommission zur Neuordnung der steuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen« (auch Rürup-Kommission) ergeben würden. Im »Drei-Schichten-Modell« wird das Wohneigentum der dritten Schicht der Altersvorsorgeprodukte zugeordnet und gehört damit zu den am wenigsten annuitisierbaren (Ausnahme: »Reverse Mortgages«) bzw. leicht kapitalisierbaren und zudem vererbaren Ersparnisformen. Mithin gehören Produkte der dritten Schicht zu den am wenigsten förderwürdigen Ersparnisformen für die eine vorgelagerte Besteuerung vorgesehen ist. Für das Wohneigentum bedeutet dies die ersatzlose Streichung der bisherigen Entnahmeregelung (vgl. Rürup et al. 2003, 19). Eine derartige Verzerrungswirkung zu Lasten von beleih- und vererbaren Formen der Ersparnisbildung ist gesamtwirtschaftlich extrem fragwürdig, weil sie die makroökonomische Realkapitalbildung zugunsten von im Lebenslauf verzehrten Formen der Ersparnis diskriminiert (vgl. u.a. Auerbach, Kotlikoff und Weil 1992).

In dieser Hinsicht noch weitergehend als die *Freiburger Zwei-Flanken-Strategie* ist der tiefgreifende und strukturelle Reformvorschlag der »Einfachsteuer« des Heidelberger Steuerkreises (vgl. Rose 2002). Grundpfeiler dieses konsumorientierten Steuersystems sind ein einheitlicher pauschaler Steuersatz sowie die vollständige steuerliche Abzugsfähigkeit von Altersvorsorgeaufwendungen (Sparbereinigung der Bemessungsgrundlage) einerseits und die Freistellung von Zinserträgen innerhalb bestimmter Grenzen (Zinsbereinigung der Bemessungsgrundlage) andererseits. Mit diesem Konzept gehören Verzerrung zugunsten bestimmter (zertifizierter) Sparformen der Vergangenheit an. Auch erübrigt sich die Diskussion über die Abschaffung des Zertifizierungszwangs. Durch einen derartigen großen Wurf, der die Diskriminierung des Zukunftskonsums beenden würde, wäre zudem eine positive Wirkung auf das Wirtschaftswachstum und die Nachhaltigkeit der Sozialen Sicherungssysteme verbunden (vgl. Feist, Krimmer und Raffelhüschen 2002).

Die Förderflanke Generationenvorsorge

Alternativ zur Förderung als Altersvorsorge sieht die *Freiburger Zwei-Flanken-Strategie* für Familien mit Kindern die Möglichkeit der Inanspruchnahme einer »Generationenzulage« vor. Bereits in der ursprünglichen Form des Eigenheimzulagengesetzes (EigZulG) war die Förderung von Familien mit Kindern ein wesentliches Ziel (vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2002, 10). Im Rahmen des im Frühjahr 2003 gescheiterten Steuervergünstigungsabbaugesetz sollte diese Fokussierung durch eine Beschränkung der Förderung auf Familien mit Kindern noch verstärkt werden. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: »Die Eigen-

heimzulage werden wir auf diejenigen konzentrieren, die sie wirklich brauchen: Familien mit Kindern« (Bundesregierung 2002b, 18).

Im Haushaltsbegleitgesetz 2004 wurden zwar nun einige Neuregelungen im Bereich der Eigenheimzulage getroffen (s.u.), eine Beschränkung der Förderung auf Familien mit Kindern erfolgte jedoch nicht. In eben dieser Beschränkung besteht die entscheidende Neuerung der *Freiburger Zwei-Flanken-Strategie*, weil nur hier das Vererbungsmotiv »glaubhaft« ist. Die als »Generationenzulage« zu bezeichnende Förderung stellt damit ein explizit familienpolitisches Instrument dar, das die angesichts der demographischen Entwicklung nicht langfristig zu legitimierende Eigenheimzulage (s.o.) ersetzt. Mit dieser a priori Beschränkung der Förderung auf Familien mit Kindern würde sich neben einer erheblichen Entlastung für die öffentlichen Haushalte auch der vieldiskutierte Aspekt der Zielgenauigkeit der bisherigen Eigenheimzulage erübrigen.⁵

Andere Bestimmungen zur Eigenheimzulage, die mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2004 in Kraft getreten sind, können demgegenüber auch bei der Generationenzulage beibehalten werden. So sind die Herabsetzung der Einkommensgrenzen und die Reduzierung der Fördergrundbeträge sowie die Erhöhung der Kinderzulage ebenso wie die Abschaffung der Differenzierung der Grundzulage als grundsätzlich sinnvoll zu werten. Gerade in Bezug auf letzteres besteht hinsichtlich des Entlastungspotentials kein systematischer Unterschied zwischen Alt- und Neubauten.⁶ Notwendig für diese Schlussfolgerung ist allerdings die Annahme regelmäßig durchgeführter werterhaltender Instandsetzungsmaßnahmen, weshalb die Streichung der Eigenheimzulage für Aus- und Neubauten zu kritisieren ist.

In Fällen, in denen sich Personen, denen prinzipiell beide Flanken offen stehen, zunächst für die Förderung im AVmG entschieden hatten, ist es ohne weiteres denkbar auch im Nachhinein noch einen Wechsel auf die Generationenzulage zu ermöglichen. Hierbei besteht lediglich Notwendigkeit, das bis dato angesparte »fiktive Riester-Vermögen« pauschaliert zu versteuern. Für die geltenden Zulagen (Grundzulage 1 250 €, Kinderzulage 800 €) zeigt ein modellhafter Vergleich der Entwicklung der Förderbeträge, dass ein Wechsel der Förderflanken für Familien mit Kindern generell vorteilhaft ist, wenn nicht mehr als 13 Jahre in der Altersvorsorge-Flanke angespart wurde (vgl. Raffelhüschen und Schoder 2004). Bei späteren Wechseln hängt diese einseitige Begünstigung von der Zahl der Kinder und dem Steuersatz in der Rentenphase

⁵ Vgl. dazu beispielsweise Sigismund (2003) und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2002).

⁶ Eine solche Regelung wurde auch aus siedlungspolitischer bzw. städtebaulicher Sicht (Stichwort: Zersiedelung der Landschaft durch Suburbanisierungstendenzen) befürwortet.

ab. Zur Erhöhung der »Durchlässigkeit« der Flanken ist darüber hinaus eine ergänzende Regelung denkbar, die eine rückwirkende Förderung für den Fall ermöglicht, dass das Wohneigentum erworben wird, bevor Kinder vorhanden sind.

Fazit

Der doppelte Alterungsprozess der deutschen Bevölkerung stellt zwar die bisherige Rechtfertigung der Wohneigentumsförderung fundamental in Frage, er erlaubt aber gleichzeitig eine zukünftige Legitimation mit neuer Akzentsetzung. Durch den demographischen Druck wird die doppelte Funktion des Wohneigentums als Alters- und Generationenvorsorge zur zentralen Legitimationsgrundlage der Wohneigentumsförderung.

Mit der *Freiburger Zwei-Flanken-Strategie* wird ein Förderkonzept in die Diskussion eingebracht, das beide Aspekte in einem kohärenten Rahmen verbindet. Grundidee des Reformvorschlags ist es, den Individuen eine Wahlfreiheit einzuräumen, welche Förderung sie in Anspruch nehmen möchten. Bei einer Entscheidung für Immobilien als Form der Altersvorsorge erfolgt eine Förderung gemäß dem AVmG, bei vollständiger Gleichstellung der Immobilien mit den bislang zertifizierten Vorsorgeprodukten. Durch die Gleichstellung des Wohneigentums könnten die bisherigen Formen der (An-)Sparförderung (Wohnungsbauprämie und der Arbeitnehmersparzulage) ersetzt werden. Ist hingegen mit der Wohneigentumsbildung ein Beitrag zur Generationenvorsorge intendiert, so wird diese mit einer »Generationenzulage« gefördert. Der Weg zur Förderung in Form der »Generationenzulage« steht im Rahmen der *Freiburger Zwei-Flanken-Strategie* jedoch nur Familien mit Kindern offen. Ein Wechsel der Förderflanken ist durch pauschalierte Besteuerung des bis zum Zeitpunkt des Wechsels angesparten »Riester-Vermögens« ohne größere Schwierigkeiten möglich. Ohne weiteres denkbar sind Regelungen, welche eine rückwirkende Förderung ermöglichen, wenn sich der Nachwuchs innerhalb eines zu bestimmenden Zeitraums nach dem Erwerb von Wohneigentum einstellt.

Durch die im Beitrag vorgeschlagene Strategie zur Wohnraumförderung wird die individuelle Entscheidungsfreiheit der Bürger deutlich erhöht. Die Wahlfreiheit bezüglich der Verwendung von Altersvorsorgeförderungen ist auch aus allokativer Perspektive zu begrüßen, da grundsätzlich keine Notwendigkeit staatlicher Einflussnahme auf die individuelle Portfoliozusammensetzung besteht. Weiterhin würde sich dadurch auch die Frage der Doppelförderung von Wohneigentum, die im Rahmen der Diskussion um die Einbeziehung der Wohnimmobilien in das AVmG aufgeworfen wurde, erübrigen.

Literatur

- Auerbach, A., L. Kotlikoff und D. Weil (1992), »The Increasing Annuitization of the Elderly. Estimates and Implications for Intergenerational Transfers, Inequality, and National Saving«, *NBER Working Paper* No. 4182.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Hrsg. (2002), *Bericht zur Inanspruchnahme der Eigenheimzulage in den Jahren 1996–2000*, Bericht der Arbeitsgruppe »Wirkungsanalyse Eigenheimzulage« des Ausschusses für Wohnungswesen der ARGEBAU, Bonn.
- Bundesministerium der Finanzen (2003), *Steuerliche Förderung über das Eigenheimzulagengesetz 1995–2000, Tabellarische Zusammenfassung*, <http://www.Bundesfinanzministerium.de>.
- Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. (2002), *Altersvorsorge und Immobilien*, Bericht der Kommission.
- Feist, K., P. Krimmer und B. Raffelhüschen (2002), »Intergenerative Effekte einer lebenszyklusorientierten Einkommensteuerreform: die Einfachsteuer des Heidelberger Steuerkreises«, in M. Rose (Hrsg.), *Reform der Einkommensbesteuerung in Deutschland – Konzept, Auswirkungen und Rechtsgrundlagen der Einfachsteuer des Heidelberger Steuerkreises*, Heidelberg, 122–145.
- Just, T. (2003), »Demografie lässt Immobilien wackeln«, in H.-J. Frank (Hrsg.), *Deutsche Bank Research: Economics, Demografie Spezial* Nr. 283, <http://www.dbresearch.de>.
- Pfeiffer U. (2001), »Wohnungsnot 2004«, *Empirica Working Paper*, <http://www.empirica-institut.de>.
- Raffelhüschen, B. und J. Schoder (2004), Immobilien im Spannungsfeld zwischen Alters- und Generationenvorsorge, erscheint demnächst.
- Roncador, T. von (2000): »Droht eine neue Wohnungsnot? Anmerkungen zu einem populären Schlagwort auf der Basis von Ergebnissen der »ifo Bauvoraussschätzung/Westdeutschland«, *ifo Schnelldienst* 53(10), 3–7.
- Rose, M. (2002), »Die Einfachsteuer: 'Das Konzept' – Programm einer grundlegenden Reform der Einkommens- und Gewinnbesteuerung in Deutschland«, in M. Rose (Hrsg.), *Reform der Einkommensbesteuerung in Deutschland – Konzept, Auswirkungen und Rechtsgrundlagen der Einfachsteuer des Heidelberger Steuerkreises*, Heidelberg.
- Rürup, B. et al. (2003), *Abschlussbericht der Sachverständigenkommission zur Neuordnung der steuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen*, Berlin.
- Sigismund, M. (2003), »Wirkungsanalysen zur Eigenheimzulage zielgenau?«, *vhw Forum Wohneigentum, Zeitschrift für Wohneigentum in der Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft* (1), 2–7.
- Simons, H. (2000), »Perspektiven des westdeutschen Wohnungs- und Büromarktes bis 2030«, *Empirica Working Paper*, <http://www.empirica-institut.de>.
- Voß, O. (2001), *Ein empirisches Simulationsmodell für die westdeutschen Wohnungsmärkte*, Beiträge zur Raumplanung und zum Siedlungs- und Wohnungswesen, Band 199, Münster.

Leasingbranche: Weitere Aufhellung des Geschäftsklimas, Investitionsmüdigkeit wird nur langsam überwunden

Joachim Gürtler und Arno Städtler

Die Investoren in Deutschland lassen sich nur langsam aus der Reserve locken, die Ausgaben für Ausrüstungen und sonstige Anlagen sind drei Jahre in Folge in nominaler Rechnung mit 4,1% (2001), 8,0% (2002) und rund 4% (2003) zurückgegangen. Nachdem sich das Tempo des Rückgangs ab den Sommermonaten 2002 zunächst deutlich verlangsamte, schrumpften die Ausrüstungsinvestitionen im Laufe des zweiten Quartals 2003 wieder. Die andauernde Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion hat die Auslastung des Kapitalstocks im Jahr 2003 noch weiter gedrückt, so dass eine Ausweitung der Investitionen trotz niedriger Zinsen nicht rentabel war (Flaig et al. 2003). Damit ist Deutschland bei der Investitionsentwicklung und der volkswirtschaftlichen Investitionsquote in den letzten zehn Jahren Europas Schlusslicht. Es stellt sich daher die Frage, ob es für die Ausrüstungsinvestitionen einschließlich der sonstigen Anlagen nun wenigstens im laufenden Jahr Wachstumshoffnungen gibt.

Weitere Erholung der Geschäftslage

In der deutschen Leasingbranche wird die Konjunkturerholung immer deutlicher: Nach dem Stimmungstief in den Herbstmonaten 2002 hat sich das Geschäftsklima (geglättet) im vierten Quartal 2003 bereits zum vierten Mal in Folge verbessert und ist so gut wie seit fast drei Jahren nicht mehr (vgl. Abb. 1). Positiv ist vor allem zu sehen, dass die Leasinggesellschaften nicht nur auf eine bessere Zukunft hofften, sondern sich auch die Urteile zur derzeitigen Geschäftslage weiter verbesserten. Im Einzelnen bewertete mittlerweile fast jedes vierte Unternehmen die Geschäftslage als günstig, 73% als befriedigend, und nur noch wenige Testteilnehmer (3%) empfanden ihre augenblickliche Situation als schlecht. Die Lageurteile verbesserten sich damit eindrucksvoll binnen Jahresfrist, und zwar von per saldo 7% (im vierten Quartal 2002) auf 21%. Dies ist zugleich der günstigste Wert seit knapp zwei Jahren. Und die Zeichen stehen weiter auf Erholung: Der ausgesprochen kräftige Optimismus vom Vorquartal wurde zwar nicht ganz erreicht, per saldo jeder vierte Testteilnehmer hofft aber noch auf bessere Geschäfte in der ersten Jahreshälfte 2004. Im Detail erwarteten 32% (drittes Quartal 2003: 37%) der Unternehmen für die nächsten sechs Monate einen günstigen Geschäftsverlauf, 63% (62%) rechneten mit einer gleichbleibenden Entwicklung, und nur 5% (1%) sahen der nahen Zukunft mit Sorge entgegen.

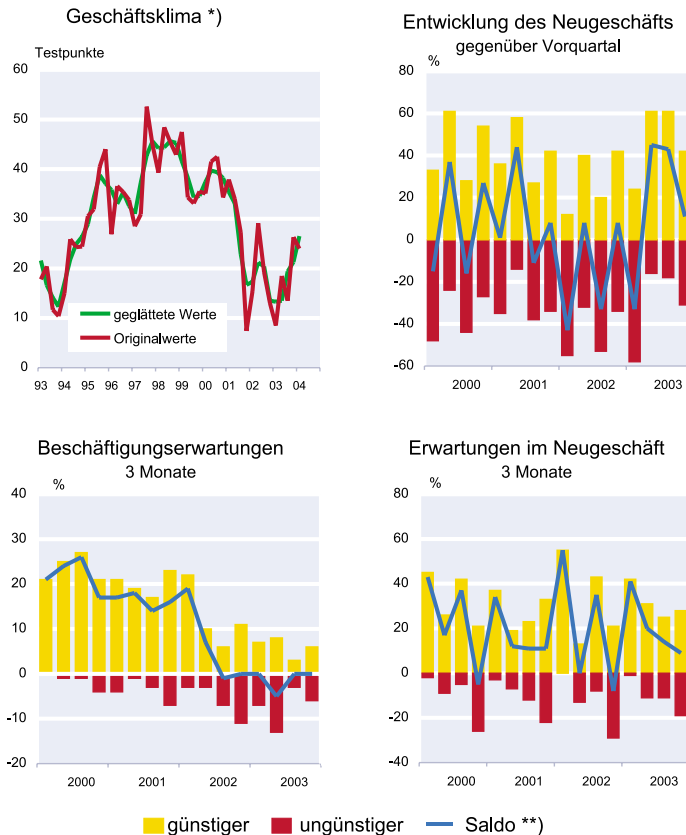
Im ersten Quartal 2003 wurden die Leasinggesellschaften noch mit deutlichen

Rückgängen des Neugeschäfts konfrontiert, in den darauf folgenden Monaten belebte sich das Neugeschäft indessen. Sichtbares Zeichen für die Aufwärtsentwicklung ist die Ausweitung des Neugeschäfts gegenüber dem Vorjahresquartal, bereits per saldo 45% der Unternehmen verbuchten im vierten Quartal 2003 mehr Vertragsabschlüsse. Schon zur vorletzten Konjunkturmfrage deutete sich bei der Neugeschäftsentwicklung ein Erreichen der Talsohle an (Gürtler und Städtler 2003). Gegenüber dem Vorquartal hat sich die positive Entwicklung nun verlangsamt, per saldo konnte aber noch ein Plus erreicht werden. 42% der Betriebe verzeichneten eine Zunahme, 27% ein unverändertes Neugeschäft, aber noch 31% der Leasinggesellschaften mussten im Jahresschlussquartal ein Minus hinnehmen. Nachdem die höhere Dienstwagenbesteuerung und andere investitions-schädliche Maßnahmen am 9. April vom Vermittlungsausschuss abgewendet wurden, schöpfte die Branche zunächst wieder Mut, und die Erwartungen für die Neugeschäftsentwicklung zeigten eine optimistischere Tendenz. Hinsichtlich der künftigen Entwicklung hat das Vertrauen dann aber doch von Quartal zu Quartal nachgelassen, vor allem weil die Bundesregierung im Sommer überraschend bekannt gab, ertragsunabhängige Elemente, wie Zinsen, Mieten, Pachten oder Leasingraten doch in die Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer mit einzubeziehen. Per saldo nur noch knapp jeder zehnte Testteilnehmer rechnete in den nächsten Monaten mit einem höheren Neugeschäft, nach + 41% im ersten Quar-

Abb. 1

Mobilien-Leasing: Zügige Erholung der Geschäftslage

4. Berichtsquartal 2003



*) Mittelwerte aus den Firmenmeldungen zur gegenwärtigen und der in den nächsten 6 Monaten erwarteten Geschäftslage.

**) Saldo: Differenz aus den %-Anteilen der positiven und negativen Firmenmeldungen.

Quelle: ifo Konjunkturtest, Leasing 2004.

tal 2003, + 20% im zweiten und + 14% im dritten Quartal. Ein Grund hierfür könnte sein, dass die im Vermittlungsausschuss vereinbarten Beschlüsse zur Steuer-, Renten- und Gesundheitspolitik hinter den Erwartungen der Wirtschaft zurückgeblieben sind. Positiv ist lediglich zu sehen, dass vor Jahresfrist die Meldeanteile noch niedriger lagen (- 8% im vierten Quartal 2002 gegenüber + 9% im vierten Quartal 2003). Insofern besteht durchaus berechnete Hoffnung auf eine nunmehr positive Entwicklung. Die Mehrzahl der Testteilnehmer (53%) rechnet bis zum Frühjahr 2004 mit einer gleichbleibenden Entwicklung, 28% gehen von einem höheren Neugeschäft aus, und 19% der Testteilnehmer befürchten eine weitere Abnahme.

Auffällig sind die noch etwas günstigeren Geschäftslageurteile bei den großen Leasinggesellschaften, und auch der Optimismus hinsichtlich der künftigen Entwicklung ist hier ausgeprägter als im Durchschnitt. Das Neugeschäft gegenüber Vorquartal stagnierte zwar, gegenüber dem entsprechen-

den Vorjahresquartal ist die Erholung aber unübersehbar. Bei den kleineren Unternehmen ist der Weg aus der Talsohle dagegen mühsam: Das Neugeschäft zog zwar zum Jahresende 2003 hin an, gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal ergab sich aber nur ein mageres Plus. Die negativen Geschäftslageurteile waren in der Überzahl, die Erwartungen für das kommende halbe Jahr lassen auch hier vermehrte Zuversicht erkennen. Das Neugeschäft dürfte zulegen.

Nach wie vor einen Hauch günstiger als im Durchschnitt aller Leasinggesellschaften scheint die Stimmung im Kraftfahrzeug-Leasing zu sein, das Geschäftsklima hat sich gegenüber dem Vorquartal aber nur graduell verbessert. Der Geschäftsklimaindikator hat sich im Laufe des vergangenen Jahres von Quartal zu Quartal verbessert, erreichte aber noch nicht den günstigen Wert vom Vorjahr. Bemerkenswert im Kraftfahrzeug-Leasing ist vor allem die positivere Beurteilung der aktuellen Geschäftslage. Per saldo sprachen im vierten Quartal 2003 fast zwei Fünftel der Testteilnehmer von einem günstigen Geschäftsverlauf, der vorsichtige Optimismus im Hinblick auf die Perspektiven im ersten Halbjahr 2004 hat sogar weiter zugenommen. Beim Neugeschäft ist im Berichtszeitraum gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal (mit per saldo +80%) die positive Entwicklung nicht zu übersehen. Zwar spricht diese Aufwärtsentwicklung für ein zunehmendes Leasinggeschäft, das ausgesprochen niedrige Niveau des Vorjahres sollte dabei aber nicht aus den Augen verloren werden. Bescheidene Zunahmen werden zwar für das erste Quartal noch gesehen, die Mehrzahl der Gesellschaften im Kraftfahrzeug-Leasing (85%) rechnet aber mit einer gleichbleibenden Entwicklung im Neugeschäft.

Noch immer Misstrauen gegenüber der Steuerpolitik

Wieder etwas häufiger als zuvor, berichteten 62% der Leasingunternehmen über Behinderungen der Geschäftstätigkeit. Nachdem sich die Nachfrage in den letzten drei Quartalen belebte, gab es offenbar weniger Anlass zur Kritik an den Auftragsreserven. Nur noch jede fünfte Leasinggesellschaft litt im Berichtszeitraum unter Nachfragemangel. Ein Jahr zuvor lag der Meldeanteil noch bei 38%. An erster Stelle der negativen Einflussfaktoren stehen nach wie vor die Behinderungen durch rechtliche und steuerliche Rahmen-

bedingungen, reichlich jedes dritte Unternehmen klagte darüber. Obwohl die »Leasing- und die Dienstwagensteuer« Anfang April von der Bundesregierung zurückgezogen wurden, kreuzten nur geringfügig weniger Unternehmen diesen Einflussfaktor an (zweites Quartal 2003: 43%, drittes Quartal: 36%, viertes Quartal: 34%). Offenbar ist das Misstrauen der Befragten hinsichtlich der Steuerpolitik noch nicht ganz vom Tisch – und das auch wohl zu Recht, denn die Änderung des § 84 Körperschaftsteuergesetz (Fremdfinanzierung) steht noch aus, und die neue Konzeption der Gewerbesteuer wird noch kommen. Nicht wenige Leasingmanager befürchten einen fünften Versuch, dabei die »Leasingsteuer« zu installieren. Ungewöhnlich zugenommen haben die Meldungen über Refinanzierungsprobleme: 22% der Unternehmen klagten im vierten Quartal darüber, dies ist zugleich der höchste Wert, der seit Einführung der Konjunkturumfrage ermittelt wurde. Dies dürfte daran liegen, dass die Zahl der in Deutschland tätigen Refinanzierungsinstitute für Leasinggesellschaften zurückgegangen ist. Das Interesse einiger Kreditinstitute an diesem indirekten Geschäft hat nachgelassen, wohl auch in Hinsicht auf »Basel II«. Wirtschaftliche Alternativen zur klassischen Leasing-Refinanzierung, wie beispielsweise Asset Securitization und Asset-Backed-Securities (ABS) entwickeln sich nur langsam, insbesondere in Deutschland.¹ Dies tangiert in erster Linie mittelständische Leasinggesellschaften ohne Banken- oder Herstellerhintergrund. Der konjunkturelle Abschwung hat den Fachkräftemangel von Leasingexperten fast vergessen lassen, nur noch vereinzelt waren diese Klagen zu hören (5% gegenüber 20% vor zwei Jahren). Sonstige Einflussgrößen spielten nach wie vor keine Rolle (2%).

Leasingunternehmen bleiben bei der Beschäftigungsplanung vorsichtig

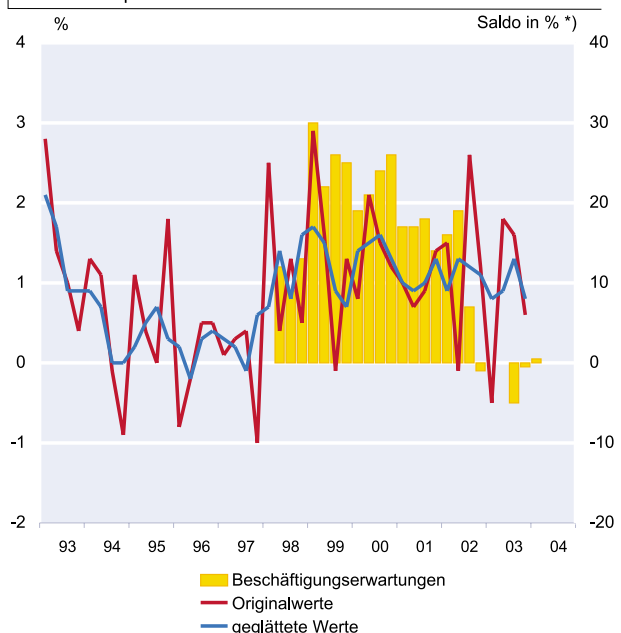
Viel tut sich nicht bei der Beschäftigungsentwicklung: Bereits seit zwei Jahren zeichnet sich kaum noch eine positive Entwicklung ab, die Umfrageergebnisse pendeln sich bei einer Größenordnung von einem Plus von rund 1% ein. Die Erwartungen zeigen aber deutlich, dass eine durchgreifende Besserung in der nächsten Zeit kaum möglich ist, auch bei den Perspektiven halten sich seit längerem positive und negative Stimmen lediglich die Waage. Nach den aktuellen Befragungsergebnissen ergab sich im Laufe des vierten Quartals 2003 eine Zunahme der Beschäftigten um 1/2%. Dabei fällt nach wie vor auf, dass die kleineren Unternehmen ihr Personal eher ausweiten, die größeren Gesellschaften dagegen ihren Personalstand gerade halten konnten. Die Erwartungen für die nächste Zeit sind weiterhin von Vorsicht geprägt; die Leasinggesellschaften sind offenbar in der Lage, die höhere Nachfrage mit der vorhandenen Belegschaft

zu erfüllen. Neun von zehn Testteilnehmern gehen davon aus, dass sich die Zahl der Beschäftigten in den nächsten Monaten im Großen und Ganzen kaum verändern wird (vgl. Abb. 2).

Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen wohl erst in der zweiten Jahreshälfte 2004

Nachdem die Ausrüstungsinvestitionen 2001 und 2002 zurückgegangen waren, bestanden für das Jahr 2003 zunächst Hoffnungen auf ein geringes Wachstum. Da über die Steuerreform erst am 19. Dezember im Bundesrat entschieden wurde, blieb für eine erkennbare Erholung der Investitionen im Jahr 2003 zu wenig Zeit. Das vierte Quartal dürfte nach vorläufigen Berechnungen sogar das schwächste des Jahres 2003 bei den Ausrüstungsgütern gewesen sein. Im Jahresdurchschnitt gingen damit die Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich der sonstigen Anlagen) nominal um rund 4% zurück. Für das Jahr 2004 zeichnet sich jedoch nach den Ergebnissen des jüngsten ifo Konjunkturtests bei den Leasinggesellschaften eine Erholung ab. Das Geschäftsklima verbesserte sich erneut, und per saldo fast jeder zweite Befragte gab an, dass sich sein Geschäft im vierten Quartal 2003 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresquartal verbessert hätte. Wie der jüngste monatliche Leasing-Kon-

Abb. 2
Mobilien-Leasing:
Stagnierende Beschäftigung erwartet
 4. Berichtsquartal 2003



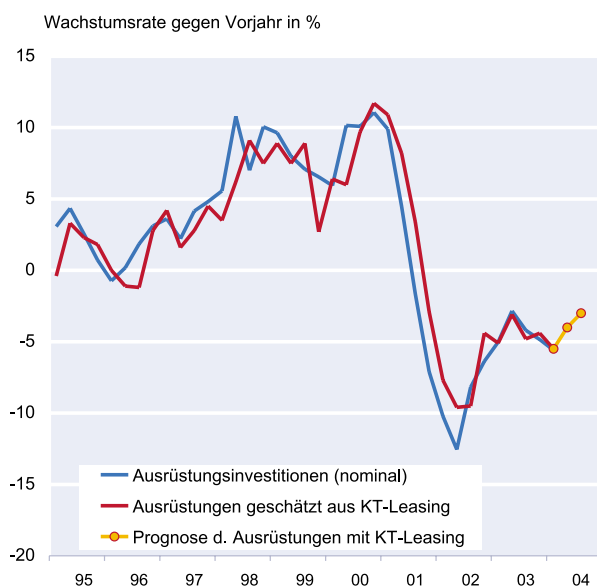
¹ Vgl. P. Jänsch, Asset Securitization als Refinanzierungsinstrument für Leasinggesellschaften, Vortrag bei den Münchner Leasingtagen, 15. Oktober 2003.

*) Saldo: Differenz aus den %-Anteilen der positiven und negativen Firmenmeldungen.

Quelle: ifo Konjunkturtest, Leasing 2004.

Abb. 3**Gesamtwirtschaftliche Ausrüstungsinvestitionen:
Nur langsame Erholung**

- geschätzt aus den Geschäftserwartungen Mobilien-Leasing -



Quelle: ifo Konjunkturtest, Leasing 2004, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts, 4. Quartal 2003.

junkturtest für Januar zeigt, setzte sich die positive Entwicklung im Januar fort. Das ist bereits der dritte Anstieg dieses Indikators in Folge, was erfahrungsgemäß als ein ziemlich sicheres Signal für die Beständigkeit einer konjunkturellen Wende anzusehen ist.

Nachdem das Geschäftsklima der Leasingbranche ein verlässlicher Indikator für die Investitionstätigkeit ist, dürfte es nun auch bei den gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungskäufen zu einer Trendumkehr kommen. Für positive Wachstumsraten wird es vorerst dennoch nicht reichen, weil die Politik die Investoren zu lange über die steuerlichen Rahmenbedingungen im Unklaren gelassen hat und dadurch die Ausrüstungsinvestitionen im vierten Quartal 2003 nochmals geschrumpft sind. Mit den besseren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dürfte die leichte Rezession in Deutschland im Herbst vergangenen Jahres überwunden worden sein. Auftragseingang und Produktion zogen ab der Jahresmitte an, und auch die Exporte scheinen inzwischen an Fahrt zu gewinnen. Die erneute Besserung des ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft – bereits zum neunten Mal in Folge – stützt die Prognose des ifo Instituts, dass sich der konjunkturelle Erholungsprozess weiter fortsetzen wird. Auch nach den Ergebnissen unseres Frühindikators scheinen die Unternehmen ihre Investitionsmüdigkeit allmählich zu überwinden. Von dem erreichten niedrigen Niveau aus wird es indessen noch einige Monate

dauern, bis die Investitionen die Null-Linie überschreiten werden (vgl. Abb. 3). Im Jahresdurchschnitt 2004 dürfte gleichwohl ein nominaler Zuwachs bei den Ausrüstungen und sonstigen Anlagen erreichbar sein. Die insgesamt verbesserten Konjunkturaussichten, das noch immer relativ niedrige Zinsniveau sowie ein etwas stärkeres Vertrauen in eine investitionsunschädliche Steuerpolitik dürften die Investoren nun dazu veranlassen, zumindest die bisher aufgeschobenen Projekte zu realisieren. Mit dem für 2004 erwarteten Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen und hier insbesondere mit der endlich wieder besseren Autokonjunktur wird auch die Geschäftsentwicklung der Leasinggesellschaften auf Wachstumskurs gehen.

Literatur

Flaig, G. et al. (2003), »ifo Konjunkturprognose 2004: Erholung hat begonnen«, *ifo Schnelldienst* 56 (24), 16–42.
Gürtler, J. und A. Städtler (2003), »Leasingbranche: Keine eindeutige Tendenz beim Geschäftsklima – der Investitionsmotor stottert noch«, *ifo Schnelldienst* 56 (15), 25–27.

Stabilisierung der Nachfrage nach Wohnungen auf niedrigem Niveau

Die deutsche Bauwirtschaft hat den heftigsten Nachfrageeinbruch der Nachkriegszeit hinter sich. Nach den ifo Konjunkturumfragen hellte sich seit dem Sommer letzten Jahres das Geschäftsklima bei den Architekten und seit dem Herbst auch bei den Bauunternehmen wieder sichtlich auf. Verschiedene Firmen der Bauzulieferindustrie konnten bereits 2003 deutliche Zuwachsraten erreichen. Auch die mittel- und langfristige Entwicklung wird einen – wenn auch moderaten – Aufwärtstrend aufweisen. Zu diesem Ergebnis kommt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in seiner dritten Ausgabe der Bauvorausschätzung Deutschland mit Prognosen für die nächsten zehn Jahre (Gluch 2003a). Aufgrund der immer noch großen Unterschiede in den beiden Teilen Deutschlands werden die Ergebnisse für »West« und »Ost« weiterhin separat dargestellt. Bei den mittelfristigen Prognosen werden Schätzungen auf der Basis von Großregionen (Bundesländer) vorgelegt. Nach den Berechnungen des ifo Instituts wird das durchschnittliche reale Wachstum der Baunachfrage im Verlauf der nächsten zehn Jahre nur rund 2/3% p.a. betragen. In der analysierten Zehn-Jahres-Periode 2004 bis 2013 dürften rund 3,15 Mill. Wohnungen fertiggestellt werden, davon allein knapp 1,8 Millionen in neu errichteten Ein- und Zweifamilienhäusern. Im Nichtwohnbau wird der öffentliche Bau weiterhin an Bedeutung verlieren; im Wirtschaftsbau wird sich hingegen spätestens ab der Mitte des Jahrzehnts wieder eine deutliche Belebung der Nachfrage einstellen.

Nachdem in den beiden Vorjahren die langfristige Entwicklung im gewerblichen Bau (vgl. Gluch 2003b) sowie im öffentlichen Bau (vgl. Gluch 2002) aufgezeigt wurde, wird im Folgenden der Bereich des Wohnungsbaus detaillierter analysiert.

Der Wohnungsbau hat in Deutschland seit dem Ende der neunziger Jahre eine beispiellose Talfahrt erlebt. In realer Betrachtung sank das Wohnungsbauvolumen allein in den vier Jahren 2000 bis 2003 um gut 15%, wobei die Entwicklung in den neuen Ländern mit einem Minus von 41% besonders dramatisch ausfiel. Im früheren Bundesgebiet lag das Wohnungsbauvolumen 2003 mit rund 116 Mrd. € »lediglich« gut 9% unter dem Niveau des Jahres 1999 (vgl. Tab. 1).

Die Wohnungsfertigstellungen reduzierten sich im gleichen Vier-Jahres-Zeitraum von rund 473 000 auf nur noch rund 283 000. Dies entspricht einer Schrumpfung um 40%. Auch hier war der Einbruch in Ostdeutschland mit 61% deutlich kräftiger als in Westdeutschland (– 34%; vgl. Tab. 2).

Die Gründe für diese negative Entwicklung sind vielfältig. Im Eigenheimsektor war es durch die 1996 eingeführte Eigenheimzulage zunächst zu einem stür-

mischen Nachfrageschub gekommen, der jedoch im Frühjahr 2000 jäh abbrach. Die Absenkung der Einkommensgrenzen für die Bewilligung der Eigenheimzulage dürfte zwar in den folgenden Jahren eine Rolle gespielt haben, wenngleich nicht die größte. Wesentlicher dürfte dagegen der Rückgang der Anzahl der jüngeren Haushalte, in der Altersklasse der 25- bis 40-Jährigen, gewesen sein sowie die hohe Arbeitslosigkeit in einer rezessiven Wirtschaftslage. Bei anhaltend hoher Ar-

Tab. 1
Wohnungsbauvolumen in Deutschland 1999 bis 2003
– in Preisen von 1995 –

| Jahr | Früheres Bundesgebiet | Neue Länder ^{a)} | Deutschland |
|------------------------------------|-----------------------|---------------------------|-------------|
| Mill. Euro | | | |
| 1999 | 127 864 | 30 171 | 158 035 |
| 2000 | 127 554 | 26 043 | 153 597 |
| 2001 | 122 269 | 22 169 | 144 438 |
| 2002 | 118 420 | 19 583 | 138 003 |
| 2003 ^{b)} | 116 000 | 17 800 | 133 800 |
| Veränderung gegenüber Vorjahr in % | | | |
| 1999 | 2,0 | – 5,3 | 0,5 |
| 2000 | – 0,2 | –13,7 | – 2,8 |
| 2001 | – 4,1 | –14,9 | – 6,0 |
| 2002 | – 3,1 | –11,7 | – 4,5 |
| 2003 ^{b)} | – 2,0 | – 9,1 | – 3,0 |
| 1999/2003 | – 9,3 | –41,0 | –15,3 |

^{a)} Einschl. Berlin (Ost). – ^{b)} Prognose des ifo Instituts.

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), ifo Institut.

Tab. 2
Wohnungsfertigstellungen^{a)} in Deutschland 1999 bis 2003

| Jahr | Früheres Bundesgebiet | Neue Länder ^{b)} | Deutschland |
|------------------------------------|-----------------------|---------------------------|-------------|
| Anzahl | | | |
| 1999 | 369 773 | 102 865 | 472 638 |
| 2000 | 336 764 | 86 298 | 423 062 |
| 2001 | 267 934 | 58 263 | 326 197 |
| 2002 | 240 574 | 49 013 | 289 587 |
| 2003 ^{c)} | 242 500 | 40 500 | 283 000 |
| Veränderung gegenüber Vorjahr in % | | | |
| 1999 | - 0,7 | -19,9 | - 5,6 |
| 2000 | - 8,9 | -16,1 | -10,5 |
| 2001 | -20,4 | -32,5 | -22,9 |
| 2002 | -10,2 | -15,9 | -11,2 |
| 2003 ^{c)} | 0,8 | -17,4 | - 2,3 |
| 1999/2003 | -34,4 | -60,6 | - 40,1 |

^{a)} Einschl. Wohnungen in bestehenden Gebäuden sowie in Nichtwohngebäuden. – ^{b)} Einschl. Berlin (Ost). – ^{c)} Prognose des ifo Instituts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, ifo Institut.

beitsplatzunsicherheit und – wenn überhaupt – nur geringen Einkommenszuwächsen war die Bevölkerung überaus verunsichert und vermied daher hohe fixe Belastungen wie beispielsweise die Finanzierung eines Wohneigentums.

Im Geschoßwohnungsbau sind die Fertigstellungszahlen bereits seit Mitte der neunziger Jahre rückläufig. Allein zwischen 1995 und 2003 schrumpften die Fertigstellungen von rund 319 000 auf nur noch rund 74 500. Dieser Rückgang wurde in erster Linie durch die Einschränkungen der Wohnungsbauförderung bzw. neue eingrenzende gesetzliche Bestimmungen verursacht:

- 1996 wurde die degressive Absetzung für Abnutzung (AfA) von anfänglich 7 auf 5% abgesenkt,
- 1997 die Grunderwerbsteuer von 2 auf 3% erhöht,
- 1999 erfolgte die Beschränkung der Berücksichtigung von Verlusten aus Vermietung und Verpachtung sowie
- die Verlängerung der so genannten Spekulationsfrist von zwei auf zehn Jahre,
- 2001 wurden die Kappungsgrenzen für Mieterhöhungen von 30 auf 20% in drei Jahren reduziert.

Auch der öffentlich geförderte Wohnungsbau blieb nicht unversichert. Die eingesetzten Fördermittel haben sich zwischen 1994 und 2001 mehr als halbiert. Die Bewilligungen gingen im selben Zeitraum von 162 021 Einheiten auf nur noch 38 408 Einheiten zurück.

Die mittelfristigen Aussichten sind im Wohnungsbau leicht positiv. Nach langen Diskussionen und Spekulationen liegen die Fakten für die vom Volumen her um rund ein Drittel gekappte Eigenheimzulage seit dem Haushaltsbegleitgesetz 2004

vom Dezember 2003 auf dem Tisch. Wie zu erwarten, sind die »Gewinner« der Neuregelung diejenigen, die bereits Wohnungen besitzen und nicht diejenigen, die erst noch bauen oder kaufen wollen. Die anhaltend günstigen Gestehungskosten sowie die weiterhin niedrigen Zinsen werden jedoch im Verlauf der nächsten Jahre zu einer Belebung der Nachfrage führen. Eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen Entwicklung könnte zu einer weiteren Stimulierung führen.

Die langfristige Nachfrage im Wohnungsbau hängt im Wesentlichen von folgenden Einflussfaktoren bzw. deren Entwicklung ab:

- Bevölkerung bzw. Haushalte und deren Altersstruktur,
- Wirtschaft und damit Arbeitsplätze und Haushaltseinkommen,
- politische Entscheidungen, die mögliche Fördermaßnahmen bzw. die privaten Einkommen betreffen.

Bevölkerungszunahme hält bis 2012 an

Die Bevölkerung in Deutschland wird nach der neuesten zehnten Koordinierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes bis 2012 verhalten weiter wachsen, danach langsam schrumpfen. Allerdings beginnen die in der weiteren Vergangenheit angelegten Veränderungsprozesse schon in diesem Zeitraum:

- So sorgt zum einen die gesunkene Reproduktionsrate derzeit schon für einen erheblichen Rückgang der Geburten: In der jetzt lebenden Generation kommen auf eine Frau in den alten Ländern nur noch 1,4 Kinder, während in der Vorgeneration der Wert noch bei 2,1 Kindern je Frau lag, ein Wert, der den Erhalt der Bevölkerungszahl garantierte.
- Daraus resultiert zum anderen ein Anstieg des Anteils der alten Bevölkerung. Alte Personen bilden kleinere Haushalte, wünschen andere regionale Wohnstandorte und haben andere Wohnwünsche als junge Haushalte.

Die dramatische Verschiebung zu einer alten Bevölkerung setzt demzufolge erst nach 2010 ein, wenn die Baby-Boomer-Generation ins Seniorenalter kommt. Auf die Wohnungsbautätigkeit dürften sich in der langen Frist folgende Wirkungen ergeben:

- Die regionalen Disparitäten werden sich weiter verschärfen, wenn alte Haushalte tendenziell vermehrt aus den wirtschaftsstarken in ruhige, attraktive Regionen wandern. Daraus wird bei relativer Entvölkerung der Wirtschaftszentren in anderen Regionen zusätzliche Wohnungsnachfrage hervorgerufen.
- Der bei alten Haushalten größere Wohnflächenanspruch ist zu einem großen Teil auf den so genannten »Rema-

nenzeffekt« zurückzuführen, der durch Verbleiben in der angestammten Familienwohnung entsteht. Auch dieser Effekt wird sich bei noch steigenden Haushaltszahlen in einer höheren Wohnungsnutzungsnachfrage niederschlagen.

- Für die alten Haushalte, die sich in einer eigenen Wohnung nicht mehr selbst versorgen können, müssen ausreichend viele Alten- und Pflegeheimplätze zur Verfügung stehen. Neben diesen notwendigen infrastrukturellen Baubedarf zeichnet sich die Tendenz zu einer Substitution von Altenheimplätzen durch so genanntes betreutes Wohnen bei der alten Bevölkerung ab. Um diese Nachfrage nach altengerechten Wohnungen, die direkt mit einer betreuenden Institution verbunden sind, zu decken, dürften die Umbaumöglichkeiten im Bestand nicht ausreichen, so dass auch hier eine zusätzliche Baunachfrage zu erwarten ist.

Kleinere Haushalte – höherer Wohnflächenbedarf

Die Anzahl der privaten Haushalte, die für den Wohnungsnutzungsbedarf die relevante Einflussgröße bilden, wird noch bis 2020 zunehmen. Die Haushalte werden jedoch kleiner und »älter«. Diese Entwicklungen werden zu einem höheren Wohnflächenbedarf pro Haushalt führen:

- Kleinere Haushalte nehmen im Durchschnitt mehr Wohnfläche pro Kopf in Anspruch als große, und
- alte, ganz überwiegend kleine Haushalte verbleiben häufig in der angestammten »Großwohnung« aus der Familienzeit.

Aus dem Bevölkerungswachstum, der Zunahme der Haushalte und der strukturellen Änderung der Bevölkerungszusammensetzung wird langfristig bis 2013 ein zusätzlicher Bedarf an Wohnraum entstehen. Darüber hinaus wird der Bedarf an altengerechten Wohnungen steigen, der entweder über Neubau oder aber vermehrt über Bestandsmaßnahmen gedeckt werden kann.

Absehbar ist hingegen, dass die Nachfrage nach Wohneigentum zur Selbstnutzung sinken wird, denn das so genannte Eigentumserwerbspotential der Bevölkerung schrumpft mit dem Rückgang der für die Eigentumsbildung entscheidenden Altersgruppe der 30- bis 40-jährigen Haushalte.

Geht man von der globalen Betrachtung auf die Entwicklung in einzelnen Regionen über, so wird sich zukünftig die »Konkurrenz« um die Bevölkerung erhöhen. Teilweise dürfte der Wettbewerb über die Baulandpreise entschieden werden. Insgesamt wird nach Aussage von Experten die Bedeutung der Binnenmigration bei abnehmendem Einfluss der natürlichen Bevölkerungsentwicklung zunehmen. Aus der Verstärkung regionaler Disparitäten ergibt sich ein »zusätzlicher« Bedarf an Wohnungen in den Regionen, die von

der Zuwanderung profitieren. Dort dürften, da sie wirtschaftlich stark genug sind, auch genügend finanzielle Mittel vorhanden sein, um aus dem Bedarf eine Nachfrage nach Wohnungsbautätigkeit zu machen. In den Schrumpfungregionen wird stattdessen der Leerstand an nicht gebrauchten Wohneinheiten zunehmen.

Auch nach der Bereinigung der derzeitigen strukturellen und reformerischen Schiefelage dürfte das reale Wirtschaftswachstum bis zum Prognosezieljahr 2013 allenfalls moderat – mit merkbar unter 2% pro Jahr – verlaufen. Deshalb werden auch in langfristiger Perspektive die Einkommen der privaten Haushalte – trotz der geplanten Steuersenkungen – nur begrenzt wachsen und von daher keine wesentlichen Impulse für die Wohnungsbautätigkeit verursachen.

Es ist damit zu rechnen, dass sich bei weiterer Flexibilisierung und Liberalisierung der Wirtschaft, was sich derzeit für die längere Frist andeutet, die Einkommen in Deutschland immer ungleichgewichtiger verteilen und der Anteil der Bezieher hoher Einkommen – sowie derer mit großem Vermögen – klein bleibt bzw. sogar schrumpft. Insbesondere die wachsende Gruppe der Bezieher unterdurchschnittlicher Einkommen wird auch zukünftig ihre Wohnwünsche nicht realisieren können. Im Gegenteil dürfte ein großer Teil dieser Haushalte sogar eher gezwungen sein, den Wohnkonsum einzuschränken. Eigentumserwerb wird in dieser Gruppe nur dann möglich sein, wenn passende Objekte aus dem Wohnungsbestand bzw. solche mit ausreichenden Möglichkeiten zur Erbringung von Eigenleistungen angeboten werden.

Erwerb von Wohneigentum hat weiterhin hohe Priorität

Es ist jedoch davon auszugehen, dass der Eigentumswunsch in den mittleren Einkommensschichten, vor allem in den ostdeutschen Ländern, sehr stark ist und mit auch nur leicht steigenden Einkommen weiter für eine entsprechende, allerdings schwache Neubaunachfrage sorgt.

Demgegenüber wird der Wohnkonsum vor allem bei den Haushalten, die auch über (größere) Vermögen verfügen, weiter hoch bleiben und sogar eher noch zunehmen. So werden von dieser (aber eher kleinen) Gruppe vor allem große Wohnungen und Häuser mit exklusiven Ausstattungen sowie großzügige An- und Ausbauten nachgefragt, wobei der Preis oft nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Ob sich das Teleworking, wie vielfach vermutet, weiter entwickelt und so eine Vergrößerung der Wohnungen um einen Arbeitsraum notwendig macht, muss zunächst dahin gestellt bleiben. Auch durch diese Änderungen in der Arbeitswelt könnten Impulse für eine Ausdehnung des Wohnungsbestands durch Neubau ausgehen.

Wesentlich für die zukünftige Nachfrage nach Wohnungen und Wohnungsdienstleistungen dürfte nicht nur der Umfang der zukünftigen Einkommenszuwächse sein, sondern auch die Tendenz, die bestehenden Präferenzstrukturen bezüglich der Einkommensverwendung zu verändern. Die privaten Haushalte sind heute bereit (bzw. teilweise gezwungen), für »Wohnen« einen hohen und steigenden Anteil ihres Einkommens auszugeben. Die Ansprüche an Größe, Ausstattung und Zuschnitt steigen.

Investoren werden auch langfristig nur moderat in den Mietwohnungsbau einsteigen. Sie gewichten in ihren Kalkulationen die Risiken einer dauerhaften und ausreichenden Renditeerzielung sehr hoch. Diese Risiken, wie Befürchtungen hinsichtlich der Entwicklung und der Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung, führen schon kurz- und mittelfristig zu Zurückhaltung und werden auch langfristig wirken. Wenn jedoch an den Wohnungsnutzungsmärkten wegen dieser Zurückhaltung Knappheitserscheinungen auftreten und entsprechende Mietsteigerungen nach sich ziehen, was im Verlauf des Prognosezeitraums durchaus möglich sein kann, werden Investoren wieder vermehrt Mehrfamilienhausbau nachfragen.

Abbau der hohen Wohnungsleerstände in Ostdeutschland

In Ostdeutschland wird die Bereinigung der Wohnungsbestände um leerstehende Wohnungen, also eine Verringerung des Wohnungsangebots, eine wichtige Rolle für die Zuvorsicht potentieller Investoren spielen. Die Beseitigung der Leerstände sowie der Abbau der Altschulden werden dann auch die finanzielle Ausstattung der Wohnungsunternehmen so weit verbessern, dass ein Einstieg in den Mietwohnungsneubau realistisch erscheint.

Die staatliche Förderung des Wohnungsbaus hat lange Zeit eine erhebliche Rolle gespielt. Die umfangreichen staatlichen Vergünstigungen sind bereits im Verlauf der letzten Jahre zurückgeführt worden. Neue Vergünstigungen – oder die Wiederbelebung alter – sind nicht zu erwarten, so lange die hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte nicht spürbar verringert und die Wohnungsversorgung der Bevölkerung im Durchschnitt als gut angesehen wird. Es sei denn, es liegt ein dringender Handlungsbedarf vor, beispielsweise durch vermehrte Zuwanderung, wie Anfang der neunziger Jahre.

Es ist davon auszugehen, dass vom Staat auch langfristig keine Impulse für die Wohnungsneubau-Nachfrage zu erwarten sein werden, denn die staatliche Förderung des

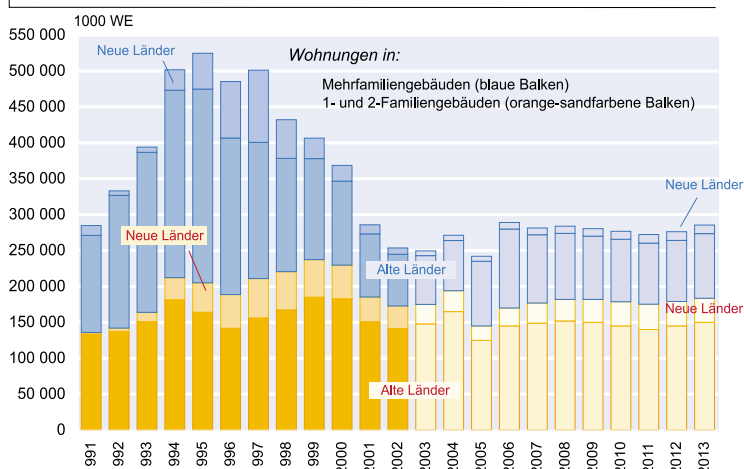
Wohnungsbaus, die die Nachfragezurückhaltung aus der Einkommensentwicklung kompensieren könnte, kann nicht ausgeweitet werden, weil die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nur langsam voranschreiten wird.

Als eine Form der staatlichen Förderung könnte die Einbeziehung von selbstgenutztem Wohn- bzw. Immobilieneigentum in die neue privat finanzierte und staatlich geförderte, kapitalgedeckte Altersvorsorge (so genannte »Riester-Rente«) gesehen werden. Das Entnahmehmodell, nach dem zwischen 10 000 und 50 000 € förderunschädlich vom privaten Rentenkonto entnommen und als Eigenkapital für den Erwerb oder Bau von inländischen selbstgenutzten Immobilien verwendet werden können, dürfte jedoch in seiner praktischen Anwendung kaum besonders erfolgreich sein. Insbesondere die Vorgabe, spätestens zwölf Monate nach der Entnahme wieder mit der Auffüllung des Rentenkontos zu beginnen, trägt kaum zu einer Entlastung während der ersten Phase hoher monatlicher Fremdfinanzierungskosten bei.

Saldiert man die Wirkungen der verschiedenen, angesprochenen Einflussfaktoren, so zeigt sich, dass die Wohnungsnachfrage in Deutschland – und damit die Wohnungsneubautätigkeit – langfristig verhalten bleiben wird. Zu erwarten sind allenfalls geringfügige Steigerungen in einzelnen Wohnungsmarktsegmenten des Neubaus:

- Vor allem in den **neuen Bundesländern** werden die Fertigstellungen von Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern im Prognosezeitraum noch bis auf rund 35 000 Einheiten zunehmen. Die hohen Fertigstellungszahlen der neunziger Jahre werden somit nicht mehr erreicht. Auch im Mehrfamilienhausbau ist wegen der steigenden Ansprüche an Ausstattung und Größe noch mit einer Zunahme zu rechnen. Die Fertigstellungen in diesem Neubausegment werden zu Beginn des nächsten Jahrzehnts relativ stabil bei rund 12 000 Wohnungen liegen. In den

Abb. 1
Wohnungsfertigstellungen in Deutschland 1991 - 2013



neuen Ländern werden zwischen 2004 und 2013 insgesamt rund 450 000 Neubauwohnungen nachgefragt werden (vgl. Abb. 1).

- In Westdeutschland werden die Fertigstellungen im Mehrfamilienhausbau nach 2008 im Durchschnitt nicht mehr steigen, sondern zwischen 85 000 und 90 000 Einheiten pro Jahr schwanken. Auch die Fertigstellungen im Eigenheimbau werden spätestens ab 2008 wegen der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung sowie der schrumpfenden Anzahl »junger« Haushalte nicht mehr steigen. Mit durchschnittlich 145 000 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern pro Jahr liegen die Fertigstellungen deutlich unter den durchschnittlichen Ergebnissen der neunziger Jahre.

Neben der Fertigstellung von Wohnungen in Wohngebäuden werden auch neue Wohnungen in Nichtwohngebäuden errichtet. Darüber hinaus werden insbesondere durch An- oder Umbauten oder den Ausbau von Dachgeschossen Wohnungen in bereits bestehenden Gebäuden (sowohl Wohn- als auch Nichtwohngebäuden) hergestellt.

Diese Gesamtzahl der Wohnungsfertigstellungen wird im Allgemeinen dann verwendet, wenn keine Differenzierungen nach Gebäudearten vorgenommen werden. Danach sinkt die Anzahl der Wohnungsfertigstellungen in Deutschland von gut 600 000 im Jahr 1995 auf rund 283 000 bzw. 274 200 im Jahr 2003 bzw. 2005, anschließend ist wieder ein Anstieg zu erwarten.

Obschon der Anteil der Bestandsmaßnahmen am gesamten Wohnungsbauvolumen in Westdeutschland bereits rund 60% erreicht hat, wird dieser Sektor auch in den nächsten zehn Jahren anhaltend hohe Bedeutung haben. Problematisch ist jedoch, dass bislang nur spärliches statistisches Material zum Umfang der Baumaßnahmen im Bestand vorliegt. Schwache Anhaltspunkte lassen sich allenfalls aus der Differenzierung des Bauvolumens in Roh- und Ausbau gewinnen. Bei der Renovierung, Sanierung, teilweise auch noch der Modernisierung im Wohnungsbestand werden nämlich in einem hohen Ausmaß Ausbaumaßnahmen durchgeführt. In der ifo Bauvorausschätzung werden daher nicht nur langfristige Prognosen zur zukünftigen Entwicklung des gesamten Bauvolumens aufgezeigt, sondern auch differenzierte Prognosen für den Roh- bzw. Ausbau vorgelegt.

Staatliche Förderprogramme fast nur noch für Bestandsmaßnahmen

Die hohe Bedeutung der Bestandsmaßnahmen kommt auch in der zunehmenden Präferenzierung bei staatlichen Förderprogrammen zum Ausdruck. So schwenkt die Politik in Anbetracht der demographischen Entwicklung sowie unter Um-

weltschutz- und finanziellen Gesichtspunkten voll auf die Anpassung der alten Wohnungen an moderne Erfordernisse ein.

In Westdeutschland wurden in der Vergangenheit, auch mit Hilfe der verschiedenen staatlichen Förderprogramme, die Bestände relativ regelmäßig modernisiert, so dass man davon ausgehen kann, dass hier kein übermäßiger Nachholbedarf angehäuft wurde.

Die veränderte Fokussierung der Wohnungspolitik wird diesen Trend sogar noch forcieren. So laufen beispielsweise erste Pilotprojekte zum »Stadtbau West«, weil auch in den alten Ländern regional die Leerstände wachsen und alte Stadtkerne städtebaulich aufgewertet werden sollen.

Nach den vorliegenden Daten der KfW Förderbank wurden 2002 zwar weniger Kredite als 2001 im Rahmen des Programms zur CO₂-Minderung zugesagt, die Inanspruchnahme der zinsverbilligten Darlehen des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms ist im selben Zeitraum aber deutlich gestiegen.

Zwar dienen diese Programme der KfW Förderbank in erster Linie dem anspruchsvollen Ziel der Bundesregierung zur CO₂-Senkung, die dazu notwendige Energieeinsparung durch Austausch von Heizungsanlagen und verstärkte Wärmedämmung kommt aber den Eigentümern/Mietern direkt zugute, so dass das Interesse daran hoch bleiben dürfte.

Zusätzlich wurden die alten Bundesländer ab 2003 in das neu aufgelegte KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm 2003 einbezogen. Der Bund hat neuerdings, um den Anreiz für eine Inanspruchnahme zu erhöhen, alle drei KfW-Programme zusammen mit einem neuen Begriff »Wohnwertförderung« belegt.

Darüber hinaus steigt der Sanierungsbedarf allein mit dem wachsenden Wohnungsbestand und mit den höheren Ansprüchen an die Qualität der Wohnungen sowie neuen technischen Entwicklungen. Aller Erfahrung nach halten vor allem selbstnutzende Eigenheimbesitzer ihre Wohnung auf dem neuesten technischen Stand. Steuer- und Mietrecht machen Modernisierungen für Vermieter nach wie vor attraktiv, denn Erhaltungs- und Modernisierungsaufwand sind steuerlich voll absetzbar, und die Modernisierungskosten können auf die Miete umgelegt werden.

Die langfristig bedeutendste Entwicklung dürfte allerdings aus der Altersstruktur des Wohnungsbestands resultieren. Von den derzeit in Westdeutschland bestehenden Wohnungen sind nämlich über die Hälfte in den Jahren 1949 bis 1978 errichtet worden. Der größte Teil dieses Bestands ist in der unmittelbaren Nachkriegszeit sehr schnell entstanden und weist mittlerweile erhebliche Baumängel auf. Auch wenn man keinen präzisen Zeitpunkt benennen kann, so werden

dennoch bereits im Verlauf dieses Jahrzehnts zahlreiche dieser Wohnungen umfassend saniert oder modernisiert werden – bei einer nicht unerheblichen Anzahl wird es sogar zu Abrissen kommen.

Die Vorläufer des KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramms 2003 waren auf die neuen Länder beschränkt und wurden dort in den Jahren 2001 und 2002 moderat in Anspruch genommen. Gleiches lässt sich für das Sonderprogramm Hochwasser, das immer noch nicht voll abgerufen ist, und die KfW-CO₂-Förderungen feststellen.

Alle diese Förderungen setzten den Einsatz privater Mittel in nicht unerheblicher Höhe voraus. In den neuen Ländern besteht genau hierin die Begrenzung für Neubau und Bestandsmaßnahmen, so lange sich die Wirtschaft nicht kräftig aufwärts entwickelt. Deshalb wurden für Ostdeutschland zusätzlich zu den KfW-Programmen – der relativ schlechten Wohnungsversorgung entsprechend – weitere, vor allem Zuschussprogramme, bereit gestellt, die allesamt die Erneuerung des Wohnungsbestands und des Wohnumfelds fördern sollen.

Das Programm »Stadtumbau Ost« umfasst mehrere Einzelprogramme und für den Zeitraum 2002 bis 2009 ein Gesamtvolumen von 2,7 Mrd. €, das Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam aufbringen. Das Ziel des Gesamtprogramms besteht in einer Förderung des Stadtumbaus in Städten und Orten der neuen Länder mit strukturellem Wohnungsleerstand durch integrierte städtebauliche Maßnahmen des Rückbaus und der Aufwertung. Im einzelnen sollen Rückbau, Sanierungs- und Aufwertungsmaßnahmen zur Stärkung und Revitalisierung der Innenstädte und Ortskerne durchgeführt und der Wohnangebotsüberhang abgebaut werden.

Der Maßnahmenkatalog des »Stadtumbau Ost« enthält

- das Zuschussprogramm für Rückbau und Aufwertungsmaßnahmen,
- die Erhöhung der Investitionszulage für Mietwohnungen im innerstädtischen Bereich sowie bestimmter denkmalgeschützter Bauten,
- Zuschüsse für die Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altbauquartieren, Öffnung des KfW-Wohnraummodernisierungsprogramms 2003 für Rückbau und
- einen im Jahr 2002 durchgeführten Wettbewerb zur beschleunigten Vorbereitung von Stadtentwicklungskonzepten.

Bund und Länder leisten finanzielle Hilfe beim Wohnungsrückbau in Ostdeutschland

Das Zuschussprogramm für Rückbau und Aufwertungsmaßnahmen ist für den Zeitraum 2002 bis 2009 mit insge-

samt 1,023 Mrd. € durch den Bund ausgestattet und sieht eine Verdoppelung dieses Betrages durch die Länder vor. Die Mittel sollen je zur Hälfte für Abrissmaßnahmen einerseits und für die Aufwertung von Stadtquartieren andererseits eingesetzt werden. Nach Einwänden aus der Wohnungswirtschaft wird dieses Hälfte-Prinzip jedoch nicht sehr eng gesehen. Zu den für die Aufwertung bestimmten Mitteln steuern die Gemeinden den gleichen Betrag wie jeweils Bund bzw. Land bei.

Die Förderung des Rückbaus erfolgt pauschal. Der Bund beteiligt sich mit 30 € je m² rückgebaute Wohnfläche. Der Länderanteil ist variabel. Eine Mitfinanzierung durch die Gemeinde ist nicht vorgesehen. Die Förderquote des Bundes beträgt höchstens 50%.

Die Aufwertung von Stadtquartieren kann z.B. durch Anpassungen der städtischen Infrastruktur, Verbesserungen des Wohnumfeldes, Aufwertungen des vorhandenen Gebäudebestandes sowie sonstiger Bau- und Ordnungsmaßnahmen zur Unterstützung des Stadtumbaus erfolgen. Die Förderquote des Bundes beträgt hier analog zur Städtebauförderung ein Drittel.

Die Erhöhung der Investitionszulage für Mietwohnungen des innerstädtischen Altbaus sowie bestimmter denkmalgeschützter Bauten im innerstädtischen Bereich zielt auf die Revitalisierung städtebaulich wertvoller Quartiere durch Modernisierung. Der Fördersatz wurde von bisher 15 auf 22% erhöht, die förderfähigen Kosten von 1 200 DM/ m² auf 1 200 €/m² verdoppelt. Die Erhöhung der Förderung ist jedoch auf förmliche Sanierungsgebiete, Erhaltungsgebiete und Kerngebiete beschränkt. Begünstigt werden bis 1949 erstellte Altbauten sowie denkmalgeschützte Gebäude der Jahrgänge 1949 bis 1959. Diese Regelungen gelten bis zum 31. Dezember 2004 und enden mit dem Auslaufen des Investitionszulagengesetzes. Außerhalb der Gebietskulisse und bei den nichtbegünstigten Beständen innerhalb der Gebietskulisse bleibt es bei der bisherigen Förderung.

Die Zuschüsse für die Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altbauquartieren zielen auf die Unterstützung von Modernisierung und Instandsetzung bei der Bildung von Wohneigentum in innerstädtischen Altbauten und denkmalgeschützten Gebäuden. Zuschüsse gibt es für die Modernisierung/Instandsetzung von Wohnungen mit mehr als 70 m² Wohnfläche über acht Jahre als Ergänzung zur geltenden Eigenheimzulage. Dabei ist die Förderung abhängig von der Wohnungsgröße und dem Investitionsvolumen. Die Höchstförderung beträgt 15 000 € bei 120 m² Wohnfläche mit 75 000 € Investitionskosten.

Es gelten dieselben Einkommensgrenzen wie bei der Eigenheimzulage. Die Zuschüsse sind gebunden an Investitionen, die vom Erwerber selbst oder vor dem Erwerb durch

Bauträger vorgenommen wurden. Dabei darf der Objekterwerb erst nach dem 31. Dezember 2001 stattgefunden haben. Die Zusatzförderung ist beschränkt auf Sanierungsgebiete, Erhaltungsgebiete, Kerngebiete und dort auf Altbauten bis Baujahr 1948 sowie denkmalgeschützte Gebäude der Jahre 1949 bis 1959. Das Programmvolumen beträgt 51 Mill. € jährlich im Zeitraum 2002 bis 2004.

Das KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm 2003 mit vorgesehener Laufzeit bis 2004 unterstützt durch zinsverbilligte Kredite neben Maßnahmen zur Modernisierung und Instandsetzung von Wohngebäuden die Verbesserung des Wohnumfelds bei Mehrfamilienhäusern im gesamten Bundesgebiet. Zusätzlich werden Wohnungseigentümer in den neuen Ländern beim Rückbau und der Aufwertung ihres Wohneigentums unterstützt. Gefördert werden bei Rückbaumaßnahmen 100% der förderfähigen Kosten, jedoch höchstens 125 €/m² rückgebauter Wohnfläche. Bei Maßnahmen zur Aufwertung eines Wohngebäudes nach einem Teilrückbau bezieht sich die Förderhöhe auf die nach dem Rückbau verbleibende Wohnfläche.

Neben einem leichten Schub für die Modernisierung und Instandsetzung des vorhandenen Wohnungsbestands geht allerdings von dieser Förderung auch ein nicht unerheblicher psychologischer negativer Effekt auf potentielle Neubau-Investoren aus. Solange Wohneinheiten des Bestands hergerichtet oder abgerissen werden, bleibt der Neubaumarkt auf die wenigen potenten Nachfrager in den neuen Ländern begrenzt.

Wir gehen in unseren Prognosen daher davon aus, dass in Westdeutschland die Nachfrage nach Maßnahmen in den Wohnungsbeständen in Zukunft kontinuierlich steigen wird, während in den neuen Ländern allenfalls ein moderates Wachstum dieses Bereichs zu erwarten sein dürfte, bis endlich ein merkbarer Wirtschaftsaufschwung einsetzt.

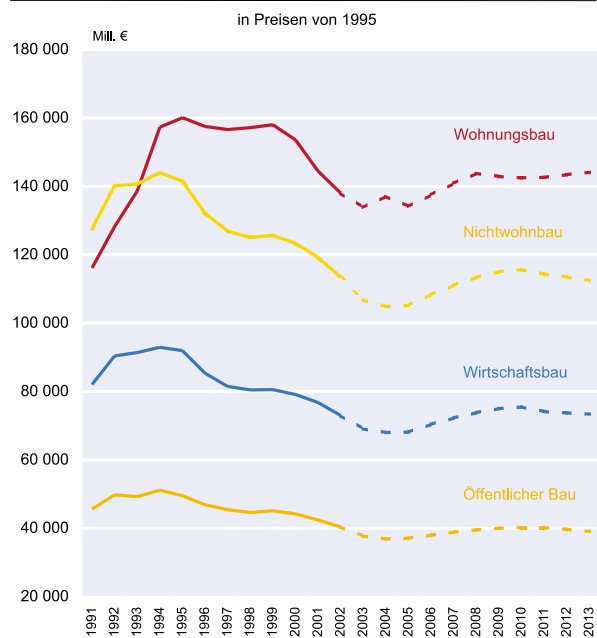
Kein Erhöhungspotential bei öffentlicher Bautätigkeit

Im Nichtwohnbau ist auch langfristig nicht mit einer spürbaren Steigerung der öffentlichen Investitionstätigkeit zu rechnen. Dies ist vor allem deshalb überaus brisant, da bereits seit über einem Jahrzehnt dringend notwendige Infrastrukturinvestitionen Jahr für Jahr verschoben werden.

Heute stehen die Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung im Vordergrund, um die Maastricht-Kriterien baldmöglichst zu erfüllen. In wenigen Jahren werden insbesondere die Länder mit ihren ausufernden Pensionslasten »neue« Haushaltsprobleme aufweisen. Das reale Volumen im öffentlichen Bau wird daher am Ende des Prognosezeitraums nur geringfügig über dem Niveau des Jahres 2003 liegen (vgl. Abb. 2).

Abb. 2

Bauvolumen in Deutschland nach Bausparten 1991 - 2013



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW); ifo Institut.

Obwohl den Wirtschaftssubjekten in Deutschland ein hoher und moderner Bestand an Gewerbebauten zur Verfügung steht, wird es spätestens ab der Mitte dieses Jahrzehnts wieder zu einer deutlichen Belebung der Nachfrage im Wirtschaftsbau kommen.

Technologische Entwicklungen, der fortschreitende Trend zur Dienstleistungsgesellschaft sowie insbesondere innovative Investoren, die neue, attraktive Gebäude zu angemessenen Mietkonditionen anbieten, sorgen dafür, dass der gewerbliche Bauwerksbestand nahezu kontinuierlich modernisiert und verbessert wird.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Bau-nachfrage in Deutschland im Verlauf der nächsten zehn Jahre – ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau im Jahr 2003 – zunächst bis etwa 2010 um jährlich rund 1% zunehmen wird, anschließend ist zunächst für einige Jahre Stagnation zu erwarten.

Literatur

Gluch, E. unter Mitarbeit von K. Behring und A. von Neubeck-Hohlfelder (2002), »Nur moderates Wachstum der Bauwirtschaft in diesem Jahrzehnt«, *ifo Schnelldienst* 55(5), 32–38.
 Gluch, E. unter Mitarbeit von K. Behring und A. von Neubeck-Hohlfelder (2003a), *ifo Bauvorausschätzung Deutschland*, Ausgabe 2003 – 2008/2013, München, nicht veröffentlicht, Bezugsbedingungen auf Anfrage.
 Gluch, E. (2003b), »Keine nachhaltige Belebung der Baunachfrage in diesem Jahrzehnt«, *ifo Schnelldienst* 56 (6), 41–46.

Konjunkturaufschwung gewinnt weltweit an Stärke

Ergebnisse des 83. World Economic Survey (WES) vom Januar 2004¹

18

Gernot Nerb und Anna Stangl

Das ifo Weltwirtschaftsklima hat sich im Januar 2004 zum dritten Mal in Folge spürbar verbessert (vgl. Abb. 1). Mit einem Stand von 111,0 Punkten ist der Index des Weltwirtschaftsklimas deutlich höher als sein langjähriger Durchschnitt (93,0 für den Zeitraum 1982 bis 2003). Der nun schon seit Juli 2003 anhaltende Anstieg des Indikators ist diesmal vor allem den günstigeren Urteilen zur gegenwärtigen Lage zuzuschreiben. Aber auch die bisher schon optimistischen Erwartungen für die nächsten sechs Monate haben sich nochmals leicht gebessert. Insgesamt sind die neuen Umfrageergebnisse ein weiteres Indiz dafür, dass der Konjunkturaufschwung weltweit Tritt gefasst hat und in den nächsten Monaten weiter an Stärke gewinnen wird.

Die wichtigsten Ergebnisse in Stichworten

- Die Einschätzungen zur aktuellen wirtschaftlichen Situation haben sich deutlich verbessert.
- Die wirtschaftlichen Erwartungen für die nächsten sechs Monate sind ausgesprochen optimistisch.
- Der Euro gilt zunehmend als überbewertet.
- Die Inflation wird moderat bleiben.
- Zunehmend mehr WES-Experten erwarten einen Zinsanstieg.

Konjunktureller Aufschwung setzt sich fort

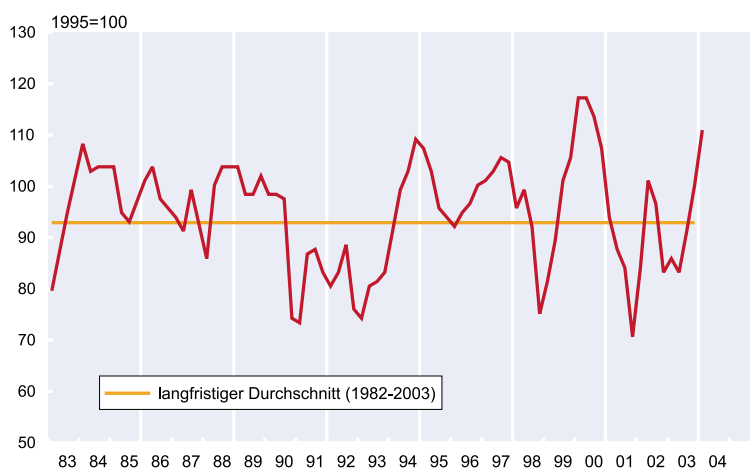
Der WES-Indikator für das Weltwirtschaftsklima ist im Januar 2004 gegenüber der vorangegangenen Erhebung im Oktober 2003 deutlich gestiegen. Die Er-

wartungen für die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten sechs Monaten sind sehr positiv (auf dem höchsten Niveau seit 1985). Aber auch die Einschätzungen zur aktuellen Wirtschaftslage haben nun das »befriedigend«-Niveau erreicht. Insgesamt weist die Datenlage auf eine Fortsetzung der weltweiten wirtschaftlichen Erholung hin.

Die Aufschlüsselung nach Länderblöcken zeigt, dass sich der Indikator für das Wirtschaftsklima wiederum am stärksten in Nordamerika und in Asien verbesserte, aber auch in Westeuropa und in den anderen Weltregionen eindeutig nach oben zeigt. In allen Weltregionen wird der Aufschwung nach Ansicht der WES-Experten als robust eingeschätzt, und es wird überwiegend mit einer Fortsetzung der Aufwärtstendenz in den nächsten ein bis zwei Jahren gerechnet.

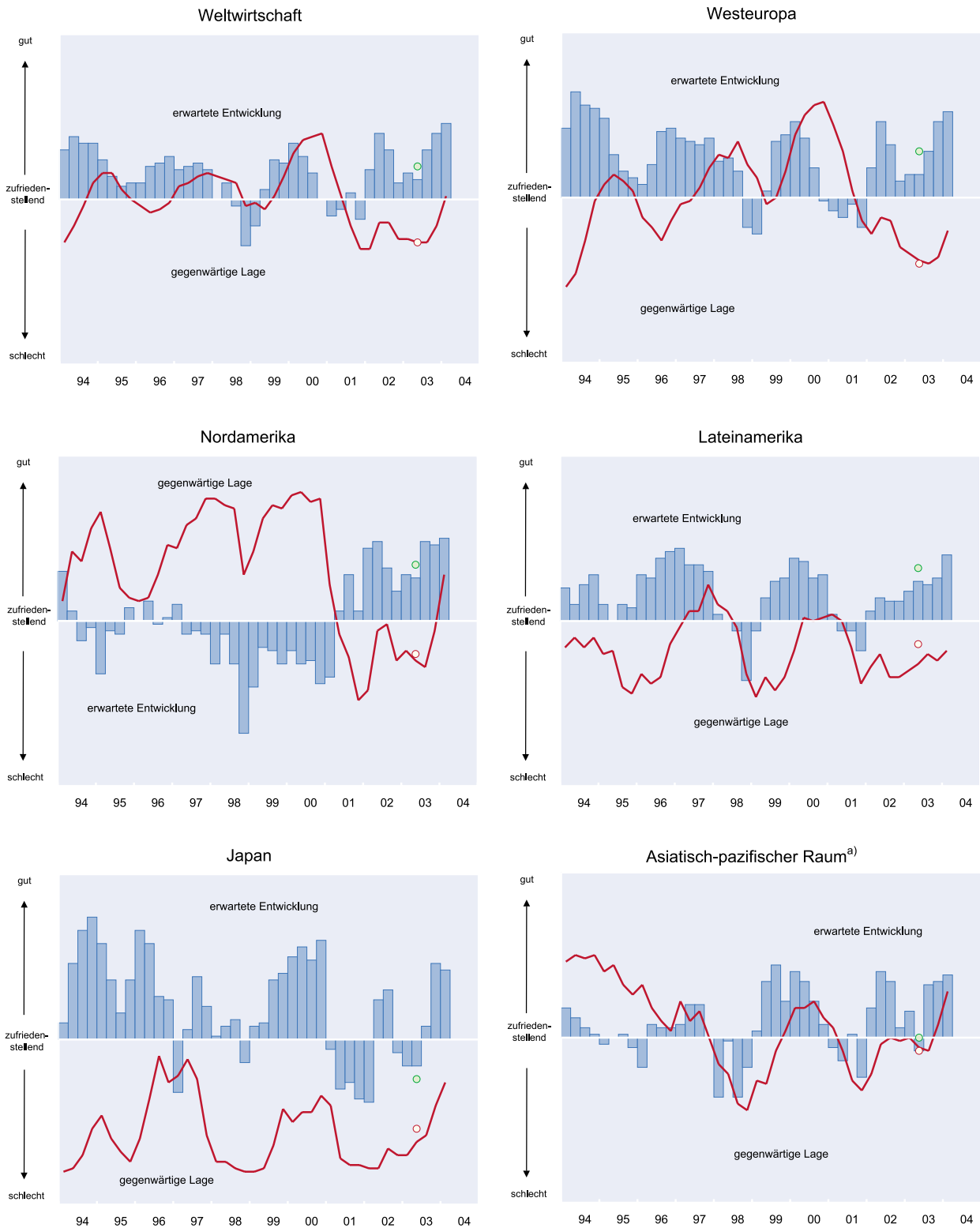
Abb. 1

ifo Weltwirtschaftsklima



¹ Im Januar 2004 hat das ifo Institut zum 83. Mal seine weltweite Umfrage »Ifo World Economic Survey« kurz WES, bei 1114 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 92 Ländern durchgeführt. Die Aufgabe des WES ist, vierteljährlich ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Prognosen für wichtige Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu liefern. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik, die in erster Linie auf quantitativen (in Wertigkeiten messbaren) Informationen aufbaut, werden beim WES qualitative Informationen – Urteile und Erwartungen von Wirtschaftsexperten – abgefragt. Während amtliche Statistiken auf internationaler Ebene oft nur mit großen Zeitverzögerungen erhältlich sind, zeichnen sich die WES-Umfrageergebnisse durch ihre hohe Aktualität und internationale Vergleichbarkeit aus. Gerade in Ländern, in denen die amtliche Statistik auf einer unsicheren Datenbasis steht, sind die von Wirtschaftsexperten vor Ort abgegebenen Urteile und Erwartungen von besonderer Bedeutung. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Handelskammer (ICC) in Paris und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission durchgeführt.

Abb. 2
Wirtschaftliche Lage



^{a)} Australien, Neuseeland, VR China, Hongkong, Indonesien, Korea, Malaysia, Philippinen, Singapur, Taiwan, Thailand, Vietnam.
 o Durchschnittlicher Wert der Urteile, die nach dem Ende des Irak-Krieges abgegeben wurden (nach dem 15.4.2003).

Quelle: Ifo World Economic Survey Q1/2004.

Die Angst vor terroristischen Angriffen wird das weltweite wirtschaftliche Wachstum in 2004 nur geringfügig verlangsamen. Im Nahen Osten, in Russland und in den USA ist diese Angst überdurchschnittlich ausgeprägt; die damit zusammenhängenden Sicherheitsauflagen belasten die Unternehmen mehr als in den anderen Regionen.

Der ifo-Indikator für das Wirtschaftsklima im **Euroraum** ist im Januar 2004 zum fünften Mal in Folge gestiegen. Die Urteile zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage verbesserten sich dabei stärker als die bisher schon recht optimistischen Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Trotz der günstigeren Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage ist diese aber immer noch ein gutes Stück von einem befriedigenden Niveau entfernt. Innerhalb des Euroraums ist das Wirtschaftsklima am günstigsten in Finnland, Irland, Belgien, Spanien, Griechenland und Österreich. Unter dem Durchschnitt des Euroraums liegen die Klimawerte in den Niederlanden, in Portugal, Italien, Deutschland und auch in Frankreich. Insgesamt sprechen die neuen Umfrageergebnisse dafür, dass die konjunkturelle Erholung im Euroraum im Laufe der nächsten sechs Monate weiter an Kraft gewinnen wird.

Außerhalb des Euroraums kann laut WES-Experten die aktuelle wirtschaftliche Situation in Schweden, in der Schweiz und in Zypern noch nicht als »befriedigend« beschrieben werden. In Dänemark, Island, Norwegen und Großbritannien dagegen sind die Urteile zur derzeitigen Wirtschaftslage positiv ausgefallen.

Der Klimaindikator in **Osteuropa** folgte auch im Januar seinem bisherigen positiven Trend. Die aktuelle Wirtschaftslage wurde in fast allen osteuropäischen EU-Beitrittsstaaten (Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien und Slowakei) als »gut« oder »befriedigend« bezeichnet. Auch die Urteile zur zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung blieben weiterhin optimistisch. Nur in Ungarn lagen die Urteile zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation unter dem »befriedigend«-Niveau, und die Aussichten für das kommende halbe Jahr sind etwas eingetrübt.

In **Russland** bleibt das Wirtschaftsklima ausgesprochen günstig; auch hier weist der Klimaindex eine steigende Tendenz auf, was vor allem auf die Verbesserung der Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage zurückzuführen ist. Diese wurde von den WES-Experten bereits in 2003 durchgehend als »gut« oder »befriedigend« beurteilt. Die Erwartungen für das kommende Halbjahr sind nach oben gerichtet.

In **Nordamerika** hat sich das Wirtschaftsklima noch stärker verbessert als in Westeuropa. Die wirtschaftliche Situation wurde von den WES-Teilnehmern überwiegend mit »gut« beurteilt, und die Erwartungen blieben weiterhin optimistisch, vor allem in den USA.

In **Lateinamerika** hat sich laut Einschätzungen der WES-Experten die allgemeine wirtschaftliche Lage seit der Oktober-Umfrage leicht verbessert – das »befriedigend«-Niveau wurde jedoch noch nicht ganz erreicht. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate sind im Durchschnitt der 14 untersuchten Länder der Region optimistischer geworden. Das günstigste Wirtschaftsklima wurde im Januar erneut aus Chile berichtet. In Brasilien, der größten Volkswirtschaft der Region, hat sich die gegenwärtige wirtschaftliche Lage erneut verbessert, und die Urteile liegen nun weit über dem »befriedigend«-Niveau; die Erwartungen weisen deutlich nach oben. Auch in Argentinien scheint sich das wirtschaftliche Klima seit Beginn 2003 kontinuierlich zu verbessern.

In **Asien** gewinnt der konjunkturelle Aufschwung weiterhin an Kraft. Auch wenn der Ausbruch der Hühnergrippe bestimmte Industriesektoren merklich belastet, wurde die Gesamtwirtschaft laut WES-Experten nicht in Mitleidenschaft gezogen. Der Klimaindex liegt in Asien weit über dem Wert seines langfristigen Durchschnitts. Die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage haben sich im asiatischen Durchschnitt erheblich verbessert, die Erwartungen für die nächsten sechs Monate fielen wieder deutlich optimistisch aus. Eindeutig positiv wurde die aktuelle Lage von allen befragten WES-Experten in Indien und in der VR China bewertet. Aber auch in Thailand, Vietnam, Malaysia und Singapur fielen die Urteile ausgesprochen positiv aus.

Die Einschätzungen der aktuellen Wirtschaftslage haben sich in **Australien** ausgehend von einem bereits höchst zufriedenstellenden Niveau verbessert. Auch die Erwartungen für das kommende Halbjahr deuten auf eine Fortsetzung der positiven Tendenz hin. Eine leichte Abkühlung des Wirtschaftsklimas wird dagegen von Experten in **Neuseeland** erwartet.

Im **Nahen Osten** hat sich das Wirtschaftsklima seit Beginn 2002 stetig verbessert. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate sind mit Ausnahme Libanons durchwegs positiv. Vor allem in der Türkei zeichnet sich eine weitere Verbesserung der bereits als »befriedigend« beurteilten gegenwärtigen Wirtschaftslage ab, da auch die wirtschaftlichen Erwartungen nach oben weisen. Die Datenkonstellation spricht dafür, dass die konjunkturelle Erholung sich dort in den kommenden Monaten fortsetzt.

In **Südafrika** hat sich der Klimaindex leicht verbessert. Die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage liegen auf dem »befriedigend«-Niveau. Die Erwartungen sind etwas optimistischer als in der Oktober-Umfrage. Insgesamt hält das günstige Wirtschaftsklima weiterhin an.

Der für 2004 erwartete Anstieg der **Verbraucherpreise** fällt weltweit deutlich geringer aus als die Inflationsprognose

Inflationserwartungen der WES-Teilnehmer für 2004 und 2003 (im Januar 2004 und Oktober 2003)

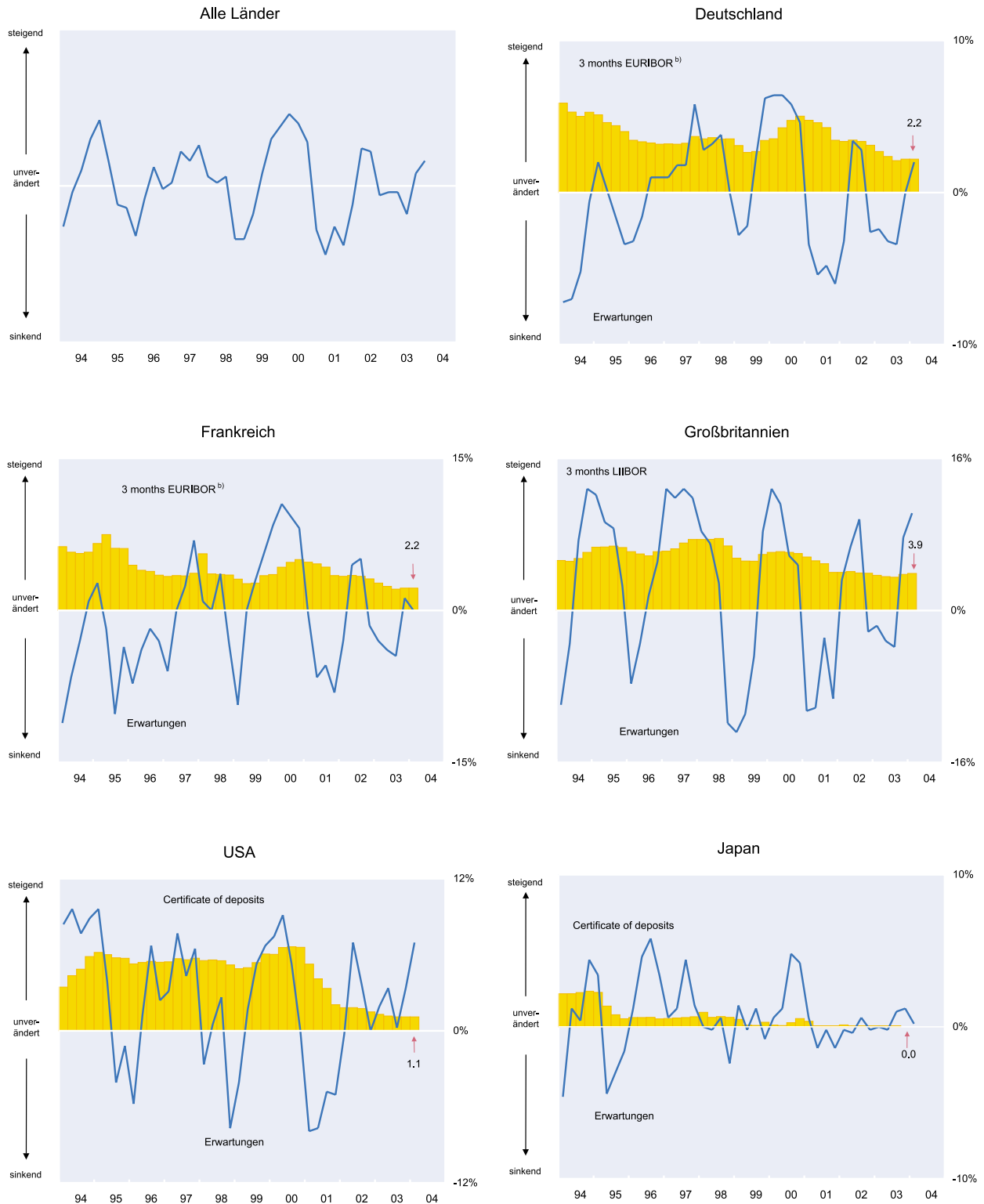
| Region | QI/2004 | QIV/2003 | Region | QI/2004 | QIV/2003 |
|--|------------|-------------|---------------------------------|-------------|-------------|
| Durchschnitt der 92 Länder | 2,7 | 2,9 | Mittel- u. Lateinamerika | 6,6 | 7,8 |
| EU-Länder (alte Mitglieder) | 2,0 | 2,0 | Argentinien | 8,5 | 9,9 |
| EU-Länder (neue Mitglieder) ¹ | 4,3 | 3,3 | Bolivien | 3,9 | 5,2 |
| Euro-Land | 1,9 | 1,9 | Brasilien | 7,2 | 10,0 |
| Westeuropa | 1,9 | 2,0 | Chile | 2,5 | 2,9 |
| Belgien | 1,6 | 1,6 | Costa Rica | 8,9 | 10,5 |
| Dänemark | 2,1 | 2,2 | Ecuador | 4,9 | 7,5 |
| Deutschland | 1,3 | 1,1 | El Salvador | 2,6 | 2,6 |
| Finnland | 1,4 | 1,5 | Guatemala | 12,0 | 10,0 |
| Frankreich | 1,9 | 1,9 | Kolumbien | 6,1 | 7,0 |
| Griechenland | 3,3 | 3,4 | Mexiko | 4,2 | 4,3 |
| Großbritannien | 2,3 | 2,7 | Panama | 1,2 | 1,2 |
| Irland | 2,6 | 3,6 | Paraguay | 8,8 | 8,3 |
| Island | 2,5 | 2,2 | Peru | 2,3 | 2,1 |
| Italien | 2,5 | 2,7 | Uruguay | 8,0 | 12,0 |
| Luxemburg | 2,0 | 2,0 | Venezuela | 29,4 | 31,9 |
| Niederlande | 2,0 | 2,2 | Asien | 1,6 | 1,3 |
| Norwegen | 2,1 | 2,4 | Bangladesch | 5,0 | 4,0 |
| Österreich | 1,6 | 1,4 | China, V.R. | 2,0 | 1,6 |
| Portugal | 2,7 | 3,2 | Hongkong | -0,2 | -1,6 |
| Schweden | 1,6 | 1,9 | Indien | 5,3 | 4,5 |
| Schweiz | 0,8 | 0,7 | Indonesien | 5,9 | 7,7 |
| Spanien | 2,7 | 3,0 | Japan | -0,2 | -0,4 |
| Zypern | 2,4 | 4,5 | Korea | 3,4 | 3,1 |
| Mittel- u. Osteuropa | 4,9 | 4,2 | Malaysia | 2,6 | 2,1 |
| Albanien | 4,1 | 4,6 | Mongolei | 7,8 | 4,5 |
| Bosnien-Herzegowina | 3,0 | 4,0 | Nepal | 4,1 | 4,2 |
| Bulgarien | 4,1 | 4,2 | Pakistan | 4,4 | 3,8 |
| Estland | 2,5 | 2,8 | Philippinen | 1,2 | 1,1 |
| Kroatien | 2,6 | 2,2 | Singapur | 8,0 | 8,3 |
| Lettland | 3,6 | 2,9 | Sri Lanka | 0,7 | 0,7 |
| Litauen | 1,9 | 0,8 | Taiwan | 2,2 | 2,2 |
| Polen | 2,3 | 1,4 | Thailand | 4,7 | 3,8 |
| Rumänien | 10,8 | 13,8 | Naher Osten | 6,2 | 7,8 |
| Serbien und Montenegro | 5,8 | 9,0 | Bahrain | 1,6 | 0,8 |
| Slowakei | 7,9 | 8,7 | Iran | 16,7 | 16,5 |
| Slowenien | 4,5 | 5,6 | Israel | 1,7 | 2,2 |
| Tschechische Republik | 2,8 | 1,3 | Jordanien | 1,9 | 1,9 |
| Ungarn | 6,9 | 5,3 | Kuwait | 2,5 | - |
| GUS | 9,8 | 12,0 | Libanon | 2,5 | 3,0 |
| Georgien | 4,5 | 2,0 | Saudi-Arabien | 2,0 | 1,4 |
| Kasachstan | 6,2 | 10,6 | Türkei | 13,7 | 21,0 |
| Russland | 10,7 | 12,9 | Ver. Arabische Emirate | 4,2 | 3,4 |
| Ukraine | 7,9 | 6,2 | Afrika | 12,7 | 16,9 |
| Nordamerika | 2,2 | 2,2 | Algerien | 5,0 | 7,0 |
| Kanada | 2,0 | 2,4 | Ägypten | 8,8 | 10,2 |
| USA | 2,2 | 2,2 | Kenia | 8,8 | 7,0 |
| Ozeanien | 2,5 | 2,7 | Marokko | 1,9 | 1,3 |
| Australien | 2,6 | 2,9 | Mauritius | 4,0 | 6,3 |
| Neuseeland | 2,0 | 2,1 | Nigeria | 12,0 | 14,5 |
| | | | Simbabwe | 550,0 | 500,0 |
| | | | Südafrika | 4,6 | 6,3 |
| | | | Tansania | 4,0 | 4,0 |
| | | | Tunesien | 2,7 | 2,7 |

¹ Tschechische Rep., Zypern, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei (ab 1. Mai 2004).

Quelle: Ifo World Economic Survey Q1/2004.

Abb. 3
Kurzfristige Zinsen

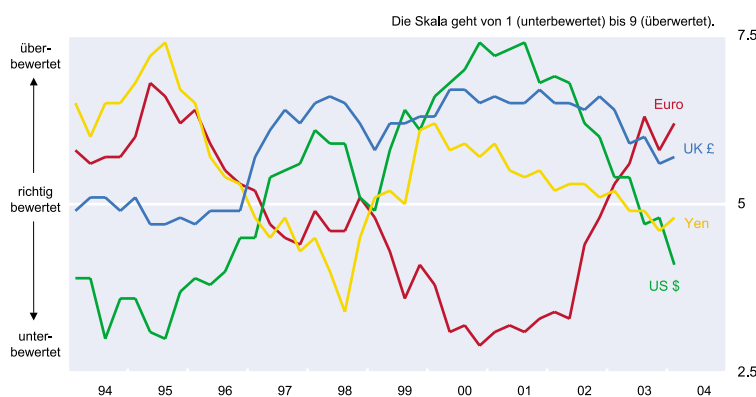
– Aktuelle Zinssätze^{a)} und Erwartungen für die nächsten sechs Monate –



^{a)} Quartalswerte OECD, Main Economic Indicators. ^{b)} Seit Q1/2001 EURIBOR. Vorher FIBOR in Deutschland und PIBOR in Frankreich.

Quelle: Ifo World Economic Survey Q1/2004.

Abb. 4
Währungsbeurteilung



Quelle: Ifo World Economic Survey Q1/2004.

vor einem Jahr für 2003 (2,7 gegenüber 3,2%). Im Euroraum wird nach Ansicht der WES-Experten die Inflationsrate unter der 2%-Marke bleiben (1,9%) und damit weitgehend den Zielvorstellungen der Europäischen Zentralbank (EZB) entsprechen. In den USA wird trotz des schwachen US-Dollars mit keiner Beschleunigung des Preisanstiegs gerechnet (vgl. Tabelle). Mit einer gegenüber 2003 unveränderten amerikanischen Inflationsrate von 2,2% wird nach Ansicht der WES-Experten der Preisanstieg weiterhin innerhalb der Spannbreite bleiben, die von der US Notenbank (Fed) als akzeptabel eingeschätzt wird (Obergrenze rund 2,5%).

Häufiger als in der vorangegangenen Erhebung rechnen die WES-Experten damit, dass die **kurzfristigen Zinsen** im Laufe der nächsten sechs Monate angehoben werden. In den USA ist diese Meinung weiterhin verbreiteter als im Euroraum (vgl. Abb. 3).

Parallel zu den kurzfristigen Zinsen, die in erster Linie von der jeweiligen Zentralbank bestimmt werden, werden nach Ansicht der WES-Experten auch die vom Kapitalmarkt abhängigen **langfristigen Zinsen** im Laufe der nächsten sechs Monate steigen. Ausnahmen hiervon sind im Wesentlichen nur Südafrika, Kenia, Brasilien, Russland, Kasachstan, Indonesien, Israel, Türkei und eine Reihe osteuropäischer Staaten wie Slowenien, Slowakei, Ungarn und Bulgarien, wo in den nächsten Monaten ein weiterer Rückgang der Kapitalmarktzinsen erwartet wird.

Noch häufiger als in der vorangegangenen Erhebung im Herbst letzten Jahres wird der Euro im Durchschnitt der untersuchten 92 Länder als überbewertet eingeschätzt (vgl. Abb. 4). Der US-Dollar gilt spiegelbildlich dazu noch mehr als bisher als unterbewertet. Trotzdem rechnet die Mehrheit der befragten WES-Experten mit einer weiteren Abwertung des Dollars in den nächsten sechs Monaten. Ein solches Unterschießen der US-Währung über einen längeren Zeitraum wird

offensichtlich als notwendig angesehen, um das gewaltige US-Leistungsbilanzdefizit zu verringern.

In einem geringeren Maße als der Euro gilt auch das britische Pfund Sterling als überbewertet. Der japanische Yen erscheint dagegen den meisten WES-Experten als annähernd richtig bewertet.

Eine ausführlichere Analyse zu den einzelnen Weltregionen, der Zinsentwicklung, Inflation und Währungen sowie der Januar-Sonderfrage zu Wachstumsaussichten für die nächsten ein bis zwei Jahre findet sich in der englischsprachigen Veröffentlichung »CESifo World Economic Survey«, die Anfang März erscheint.

Schweden: Konjunktur im Aufwind von Export und Inlandsnachfrage

24

Oscar-Erich Kuntze

Langsames Wirtschaftswachstum 2003. Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Expansion 2004 und bis ins Jahr 2005 hinein, zunehmend getragen von der Inlandsnachfrage. Geldpolitik stimuliert zunächst weiter. Wechselkurs der Krone steigt noch etwas. Leicht restriktive Finanzpolitik. Abstimmung über Einführung des Euro im September 2003 negativ ausgefallen. Arbeitslosenquote erhöht sich noch etwas, geht ab Mitte 2004 zurück. Verbraucherpreise steigen moderat. Leistungsbilanz weist weiterhin deutliche Überschüsse aus.

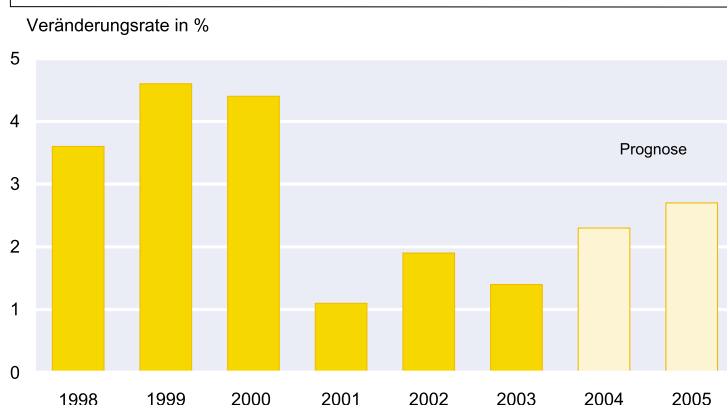
Im politischen und sozialen Umfeld dominierten 2003 mehrere Ereignissen, welche die Öffentlichkeit stark beschäftigt haben: Streiks im öffentlichen Dienst. Die Volksabstimmung über die Einführung des Euro. Der Mord an Außenministerin Lindt. Vorwürfe der Selbstbereicherung und Bestechung beim größten Versicherungskonzern des Landes sowie beim staatlichen Alkoholmonopol. Starke Kostensteigerungen im öffentlichen Gesundheitswesen. Ein Streit über den regionalen Finanzausgleich zwischen armen und reichen Regionen, wochletztere auf ihre leeren Kassen verweisend, nichts zusätzlich abgeben wollen. Der Führungswechsel bei der Konservativen Partei (Moderate Samlingspartiet). Hinzu kommen die in und zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Organisationen auftretenden Risse, die das tradierte Bild von einer in Geborgenheit und allgemeiner Solidarität des weitgehend staatlich organisierten »svenska Folkhem« lebenden Konsengesellschaft erheblich beschädigen.

Am 14. September fand ein Referendum über die Einführung des Euro – Schwe-

den ist hierzu durch die Maastrichter Verträge eigentlich verpflichtet – statt. Bei einer Stimmbeteiligung von 81% plädierten 56,1% gegen und nur 41,8% für die europäische Währung. Im Vorfeld hatten aufwühlende Debatten stattgefunden, welche tiefe Spaltungen zwischen den Bevölkerungsgruppen offenbarten. Gegen den Euro optierten vorwiegend jene, die von dem neuen Währungsregime Abstriche am stark ausgebauten wohlfahrtsstaatlichen System befürchteten: Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Frauen, Arbeitslose, Kranke, Rentner. Der Norden des Landes votierte ganz überwiegend mit Nein; lediglich in den Regionen Stockholm und Schonen stimmte man mehrheitlich mit Ja. Parteien, die der Minderheitsregierung nahe stehen, übten sich in teilweise heftiger Ablehnung. Die Risse gingen durch Parteien, Gewerkschaften (die Führungsgremien der wichtigsten Verbände LO, TCO und Saco hatten sich wenige Tage vor dem Referendum zu einem gemeinsamen Ja durchgerungen, das auch fast durchgängig von wirtschaftlichen Establishment befürwortet wurde), Familien und durch die Regierung. Das gilt auch für die Sozialdemokratische Partei, deren Vorsitzender, Ministerpräsident Persson, sich sehr für den Euro engagiert hatte, kräftig unterstützt von drei der vier bürgerlichen Oppositionsparteien. Einen Rücktritt lehnte er ab und reagierte auf die neue Situation mit einer Regierungs-umbildung, neuen Ansätzen zur Überwindung der Spaltung innerhalb seiner Partei und innerhalb des dieser nahe stehenden führenden Gewerkschaftsverbandes LO sowie mit der Ankündigung einer neuen wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik.

Im Kabinett sowie in der nun schwieriger gewordenen Situation gegenüber den an-

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

deren EU-Staaten muss er ohne die beliebte **Außenministerin Lindh** – auch sie eine engagierte Befürworterin des Euro – auskommen. Sie wurde kurz vor dem Referendum ermordet. Dies wurde als Indiz für das rauer gewordene gesellschaftliche Klima gewertet und hat die Diskussion über und die Zweifel an einen Teil der schwedischen Identität ausmachenden offenen Gesellschaft kräftig angefacht.

Im Herbst erfolgte bei der größten Oppositionspartei, **den Konservativen, ein Führungswechsel**. Diese hatten bei den Reichstagswahlen 2002 ein Drittel ihrer Mandate eingebüßt und nurmehr 15,2% der Stimmen erhalten. Ihrer Führung unter Bo Lundgren war es seitdem nicht gelungen, an Profil und Popularität zu gewinnen. Fredrik Reinfeld, der neue Vorsitzende, verfolgt deutlich neoliberale wirtschaftspolitische Ziele und hofft, zusammen mit den anderen Parteien des bürgerlichen Lagers die Regierung ablösen zu können. Die Chancen hierfür stehen indes nicht allzu gut. Zu deutlich ist die Konkurrenz und zu gespannt das Verhältnis zwischen Konservativen und der liberalen Folkepartiet (sie erhielt 13,3% der Stimmen bei der letzten Reichstagswahl). Letztere suchte eher die Zusammenarbeit mit der Umweltpartei. Die agrarisch geprägte Zentrumspartei steht der Linken näher als den anderen bürgerlichen Parteien, und mit der kleinen Christlichdemokratischen Partei bestehen ebenfalls Differenzen.

Im Mai kam es zu **umfangreichen Streiks im öffentlich Dienst**. Sie betrafen vor allem das Gesundheitswesen und die Kindergärten. Die relativ schlecht bezahlten Beschäftigten forderten Lohnerhöhungen, welche die Einkommensdiskrepanzen innerhalb des öffentlichen Dienstes verringern sollten. Die Gemeindeverwaltungen weigerten sich unter Hinweis auf ihre angespannte Finanzlage. Sie gaben erst nach, als die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe mit einem Arbeitskampf drohten. Man einigte sich auf spürbare Lohnerhöhungen für 2003 und 2004. Damit ist jedoch das bereits Mitte der neunziger Jahre brisante Problem der gehaltlich gegenüber der Privatwirtschaft vergleichsweise schlecht gestellten öffentlich Bediensteten, gerade auch der Lehrer, nicht gelöst.

Ein weiteres Thema mit Breitenwirkung ist die **Kostenexplosion im Gesundheitswesen**, das den Regionalverwaltungen untersteht. Sie erklärt sich zu einem großen Teil aus einer übermäßigen Ausnutzung des umfangreichen medizinischen Angebots, gefördert durch die Neigung vieler Ärzte, ein Maximum an Leistungen zu erbringen, anstatt sich auf das Notwendige zu beschränken, was zudem für überlange Wartezeiten sorgt. Die Behörden von Östergötland haben denn auch im vorigen Herbst das medizinische Angebot eingeschränkt, um eine Erhöhung regionaler Steuern zu vermeiden.

Ebenfalls seit vorigem Herbst erschütterten **Skandale** das Land, bei denen es um Selbstbereicherung und Bestechung

in großen Unternehmen ging. Der größte schwedische Versicherungskonzern, Skandia, sollte beim Verkauf eines Tochterunternehmens dessen Versicherungsnehmer geschädigt haben. Ferner hatten sich seine Spitzenmanager gegenseitig extrem überhöhte Boni sowie die Renovierung von Luxuswohnungen auf Kosten des Unternehmens gewährt. Der andere Fall betrifft die staatliche Alkoholmonopolgesellschaft Systembolaget. Hier hatten Manager von Lieferanten über Jahre hinweg Zuwendungen in Form von Reisen, Bargeld und anderen Annehmlichkeiten erhalten. Beide Fälle haben dazu beigetragen, den bereits während der Vorjahre zu beobachtenden allgemeinen Vertrauensverlust in Manager und Finanzmarktakteure zu verfestigen, was wirtschaftspolitische Reformen behindert. Die allgemeine Aufregung zeigt aber auch, dass trotz der allmählichen Erosion tradierter Werte u.a. das Gefühl für soziale Kohärenz noch sehr ausgeprägt, der Weg zu anglo-amerikanischen Zuständen noch weit ist.

Wirtschaftspolitische Anregungen für die Konjunktur sind insgesamt nicht zu erwarten. Die Reichsbank hält an ihren geldpolitischen Grundsätzen fest. Das Stabilitätsziel – eine Teuerungsrate von 2% p.a. mit geringen Toleranzen nach beiden Seiten bleibt prioritär – erlaubt jedoch zunächst eine weiterhin stimulierende Geldpolitik. Der Wechselkurs der Krone ist weiterhin flexibel und dürfte noch etwas steigen. Die Finanzpolitik zieht allmählich die Zügel an, um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vor allem mittels sparsamer Ausgabengebarung voran zu bringen. Es kommt aber auch zu Steuer- und Gebührenerhöhungen. Ein wichtiges Ziel ist ferner, die im westeuropäischen Vergleich ungewöhnlich hohe Zahl von Krankschreibungen bei Arbeitnehmern deutlich zu verringern. Insgesamt dürfte das Wirtschaftswachstum auf absehbare Zeit von der Wirtschaftspolitik kaum Anregungen bekommen, zumal die Lohnpolitik einen etwas moderateren Kurs steuert. Für einschneidende wirtschaftliche Reformen, wie sie vor allem während der ersten Hälfte der neunziger Jahre durchgedrückt worden waren, zeigen sich indes angesichts der geschwächten politischen Stellung des Premierministers wenig Ansätze. Auch scheint die Mehrheit der Wähler weiteren Umwälzungen durchaus abgeneigt, was auch mit dem beschädigten Vertrauen in Manager und Finanzmarktakteure zusammenhängt.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich folgendermaßen dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,1%. In **Japan** übertrafen Nachfrage und Produktion das Volumen von 2002 um 2³/₄%. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3%. In **Westeuropa** und in der EU nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um ³/₄% zu, im Euroraum stieg es um 0,4%, und in Deutschland blieb es gegen-

über 2002 unverändert. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,7 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 13%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber dem Jahr 2002 auf Dollar-Basis um etwa 14%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 1,13 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des **Weilhandels** hat gegenüber 2002 in einer Größenordnung von 5% expandiert.

Das **schwedische Wirtschaftswachstum** wies unter Schwankungen moderat aufwärts, obwohl auch hier der Irak-Konflikt und der starke Ölpreisanstieg im Frühjahr gebremst haben. Eine Phase der Stagnation oder gar ein kurzfristiger Rückgang von Nachfrage und Produktion, wie er in vielen westeuropäischen Ländern 2003 zu beobachten war, traten nicht auf. Die Geldpolitik stimulierte spürbar, während die finanzpolitischen Zügel weiter gelockert wurden. Dämpfend wirkte hingegen die Aufwertung der Krone – sehr ausgeprägt gegenüber dem US-Dollar, aber nur geringfügig gegenüber dem Euro, womit allerdings die zuvor bestehende lediglich stark vermindert wurde. Gleichwohl war der Export nach zwei Jahren mit sehr schwacher Entwicklung die weitaus dynamischste Komponente auf der Nachfrageseite, wobei die nach dem ausgeprägten Einbruch zu Beginn des Jahrzehnts weltweit weiter deutlich aufwärts gerichtete Nachfrage nach IT-Produkten eine wesentliche Rolle spielte. Da die Einfuhr schwächer zunahm als die Ausfuhr, erhöhte sich das Aktivum der Leistungsbilanz spürbar. Der private Konsum erholte sich, angeregt insbesondere durch gesunkene Zinsen, gestiegene Aktienkurse und Hauspreise. Der öffentliche Verbrauch nahm im Verlauf kaum und im Vorjahresvergleich nur wenig zu als Folge der leicht restriktiven Finanzpolitik. Die seit 2002 zu beobachtende Rezession der Bruttoanlageinvestitionen setzte sich, wenn auch abgeschwächt, bis weit in das Jahr hinein fort; betroffen waren die verarbeitende Industrie, der Dienstleistungssektor sowie der öffentliche Bau. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** ist um 1¹/₂% gestiegen – stärker als der westeuropäische Durchschnitt, aber langsamer als das Produktionspotential (ca. 2% p.a.). Da hiermit ein kräftiger Produktivitätsanstieg im privaten Wirtschaftssektor einherging, verschlechterte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt deutlich. Die Arbeitslosenquote hat sich bei verhalten zunehmender Beschäftigung im Jahresdurchschnitt auf 5¹/₂% erhöht – im westeuropäischen Vergleich eine sehr niedrige Rate. Nach der kräftigen Inflationsbeschleunigung zu Jahresbeginn, ausgelöst durch sehr stark steigende Energiepreise, herrschte annähernd Preisstabilität. Die Verbraucherpreise (HVPI) lagen um 2,3% über dem Niveau von 2002.

Im Zuge der anziehenden Weltkonjunktur expandierte die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen nach den sehr schwachen Jahren 2001 und 2002 überraschend stark um rund 5% und damit wesentlich rascher als die anderen Kom-

ponenten auf der Nachfrageseite. Dies, obwohl die Krone sich gegenüber dem US-Dollar sehr stark, gegenüber dem Pfund Sterling mäßig und dem Euro nur geringfügig aufgewertet hatte. Allerdings war damit lediglich die vorher bestehende ausgeprägte Unterbewertung weitgehend ausgeglichen worden. Zudem zeigte sich einmal mehr, dass weniger die Entwicklung des Wechselkurses, sondern Veränderungen der Welt-nachfrage ausschlaggebend für die Exportentwicklung sind. So profitierten vor allem die Lieferungen von IT-Produkten von der allgemein deutlich beschleunigt zunehmenden Nachfrage in diesem Segment. Aber auch der Absatz von Pharmazeutika und Automobilen – zweier weiterer sehr wichtiger Exportkategorien – konnte erheblich gesteigert werden. Da die **Einfuhr** nicht mehr sank, sondern vielmehr noch etwas stärker stieg als die Ausfuhr, wies die **Leistungsbilanz** einen auf eine Größenordnung von 4% des BIP gesunkenen Überschuss aus, obwohl die Terms of Trade nach jahrelanger Verschlechterung wieder günstiger geworden waren.

Der **private Konsum** nahm um etwa 2% und damit etwas kräftiger als 2002 zu. Ausschlaggebend waren steigende Aktienkurse (reichlich drei Viertel der Bevölkerung sind in Aktien engagiert, also erheblich mehr als im westeuropäischen Durchschnitt) nach den herben Vermögensverlusten durch die vorangegangene Aktien-Baisse, höhere Preise für Wohnimmobilien und gesunkene Zinsen. Ferner standen teilweise erheblich erhöhten staatlichen Transferzahlungen (Sozialrenten, Lohnersatzleistungen bei Krankheit und Erziehungsurlaub) nur mäßige Steuererhöhungen gegenüber. Allerdings nahm die Beschäftigung etwas ab. Und die Nominallöhne sind mit durchschnittlich 3³/₄% langsamer gestiegen als 2002 (wobei wieder eine erhebliche Wage-drift anfiel), obwohl im öffentlichen Dienst ab Jahresmitte teilweise erhebliche Anhebungen durchgesetzt wurden. Da die Konsumentenpreise etwas stärker stiegen als im Vorjahr, nahmen auch die Reallöhne verlangsamt zu. Die 2002 als Reaktion sowohl auf die Vermögensverluste durch den Aktiencrash als auch infolge der kräftigen Steuererleichterungen sprunghaft gestiegene Sparquote verharrte auf dem für schwedische Verhältnisse ungewöhnlich hohen Stand von 12¹/₄%. Von der verbesserten Konsumkonjunktur profitierten in erster Linie dauerhafte Güter (u.a. Automobile, IT-Erzeugnisse, Unterhaltungselektronik). Der **öffentliche Verbrauch** hat sich im Zuge der etwas gestrafften finanzpolitischen Linie im Jahresverlauf nur wenig und gegenüber 2002 um rund 1% erhöht.

Bei den **Bruttoanlageinvestitionen** ging die seit dem zweiten Quartal 2001 zu beobachtende Rezession weiter. Zwar wurde der Rückgang langsamer, doch verbreiterte sich die Basis insofern, als nun auch die öffentlichen Investitionen (vor allem Bauinvestitionen) eingeschränkt wurden. In der verarbeitenden Industrie wurden die Investitionen nochmals kräftig zurückgenommen. Wie das im Sommerhalbjahr stark verschlechterte, auf der Basis von Unternehmensbefragungen erhobene Geschäftsklima zeigt, wurden Absatz- und

Ertragsaussichten sehr zurückhaltend beurteilt; allerdings ist die Ertragslage im langfristigen Vergleich nicht besonders schlecht gewesen. Dies, obwohl die Auslastung der Kapazitäten etwas stieg – sie lag allerdings zuletzt immer noch spürbar unter dem Durchschnitt der neunziger Jahre. Im Dienstleistungssektor, welcher ähnlich der verarbeitenden Industrie 2002 um 7,7% weniger investiert hatte, lief die Rezession gegen Ende 2003 aus. Der Wohnungsbau nahm zwar gegenüber 2002 deutlich zu, doch beruhte dies hauptsächlich auf einem kräftigen Überhang zu Jahresbeginn. Im Verlauf war der Zuwachs indes trotz gesunkener Zinsen schwach, was wesentlich auf die Entwicklung in der Region Stockholm zurückzuführen war, wo die Investitionen einbrachen.

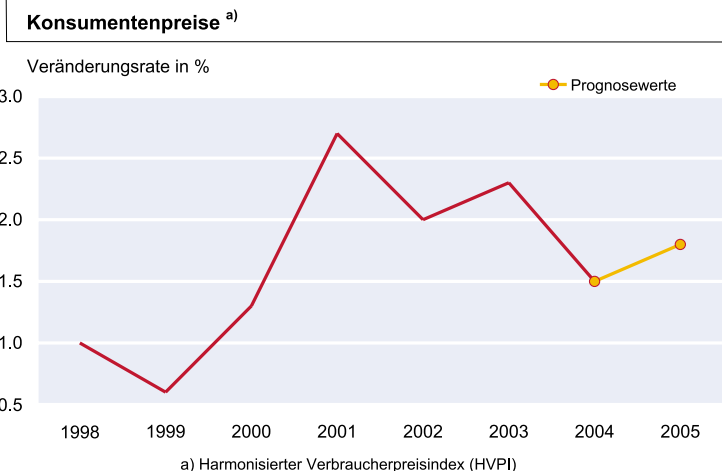
Auf dem **Arbeitsmarkt** verschlechterte sich die Lage. So nahm die Beschäftigung bei weiter zunehmender Teilzeitbeschäftigung etwas ab, auch weil die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingeschränkt wurden, obwohl viele Unternehmen qualifizierte Kräfte, trotz ungenügender Auslastung mit Blick auf den nächsten Aufschwung und dem dann zu erwartenden Facharbeitermangel, weiter gehalten haben. Zudem stieg das Angebot an Arbeitskräften weiter, so dass sich die Arbeitslosenquote im Schnitt des Jahres auf 5 1/2% erhöhte. Die im westeuropäischen Vergleich ohnehin sehr hohe krankheitsbedingte Abwesenheit vom Arbeitsplatz nahm nochmals zu.

Die **Konsumentenpreise** erhöhten sich in den Wintermonaten 2002/2003 rasch, bedingt durch den starken Preisauftrieb bei Ölprodukten und bei Elektrizität. Anschließend waren sie tendenziell stabil, da der Lohnkostendruck nachließ, die Verbilligung der Importe stabilisierend wirkte und kaum indirekte Steuern angehoben wurden. Auch war die konjunkturelle Erholung noch nicht lebhaft genug, um den Unternehmen nennenswerte Ausweitungen der Gewinnmargen zu erlauben. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Verbraucherpreise (HVPI) um 2,3%.

Die **Geldpolitik** wird der Konjunktur noch bis weit in das Jahr 2005 hinein Impulse geben, nachdem die Reichsbank den hier als Schlüsselzins geltenden Repo-Satz Mitte Februar 2004 weiter auf 2,5% zurückgenommen hat. Im ersten Halbjahr 2003 war er in drei Schritten um insgesamt einen Prozentpunkt auf 2,75% gesenkt worden; im zweiten Halbjahr 2002 hatte er die längste Zeit 4,25% betragen. Selbst wenn die Zentralbank gegen Ende dieses Jahres oder Anfang 2005 dem Vorgehen der US-Notenbank und der Europäischen Zentralbank folgen und ihren Schlüsselsatz heraufsetzen sollte, bliebe das für die Konjunktur im kommenden Jahr infolge der erst mit erheblicher Verzögerung eintretenden dämpfenden Wirkung ohne nennenswerte Relevanz. Dies umso mehr, als Liquidität (gemessen an M3) zur Finanzierung des Aufschwungs reichlich vorhanden ist und von einer Kreditklemme nicht die Rede sein kann, da die Finanzinstitute seit der Bankenkrise in den frühen neunziger Jahren gründlich restrukturiert und auf eine gesunde Basis gestellt wurden. Die jüngste Leitzinsänderung resultiert aus der noch verhaltenen konjunkturellen Erholung bei spürbar weiter zunehmender Arbeitslosigkeit, dem wahrscheinlichen weiteren Anstieg des handelsgewichteten Wechselkurses der Krone (erst kürzlich hatte die norwegische Zentralbank mit einer Leitzinssenkung auf den Kursanstieg der Krone reagiert) sowie dem mäßigen Preisanstieg. Für die Reichsbank bedeutet letzterer mit Blick auf ihre stabilitätspolitische Maßgabe – die weitgehend der Verbraucherpreisentwicklung entsprechende Kernrate der Inflation soll auf mittlere Sicht innerhalb einer Bandbreite von 2% ± 1 Prozentpunkt gehalten werden – eine komfortable Lage und einigen zinspolitischen Spielraum. Auch will man die kurzfristigen schwedischen Realzinsen weiter in Richtung auf das im Euroraum geltende Niveau drücken, was auch das Zinsdifferential im langfristigen Bereich verringern könnte. Und schließlich soll der Wechselkurs der Krone zumindest gegenüber dem Euro nicht weiter steigen. Diese ist immer noch etwas unterbewertet, obwohl sie nach dem Euro-Referendum erheblich zugelegt hatte; in den Monaten davor war sie indes

Wirtschaftspolitik

Im laufenden Jahr und 2005 dürfte die Wirtschaftspolitik der Konjunktur insgesamt kaum Impulse geben. Zwar stimuliert die Geldpolitik noch bis ins kommende Jahr hinein. Doch die finanzpolitischen Zügel werden allmählich angezogen. Die Krone dürfte zwar kaum gegenüber dem Euro, wohl aber gegenüber den Währungen des Dollarraums weiter aufwerten, was ebenfalls bremst. Und schließlich steuert die Lohnpolitik zunächst noch einen etwas moderateren Kurs, der jedoch 2005 expansiver wird. Zumindest 2004 dürften die Reallöhne etwas rascher steigen als im Jahr zuvor.



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

wegen der steigenden Unsicherheiten bezüglich des Ausgangs der Euro-Volksabstimmung deutlich gesunken. Im Schnitt des Jahres 2003 lag der Wechselkurs gegenüber dem Euro nur um 0,4% über dem Niveau von 2002. Die Parität der Krone ist seit Jahren nicht nur gegenüber dem US-Dollar, sondern auch gegenüber dem Euro und dem Pfund Sterling auch kurzfristig sehr volatil, was die Wirtschaft bei einer Exportquote (Güter und Dienstleistungen) am Bruttoinlandsprodukt von 43,3% (2002) mit erheblichen Kurssicherungskosten belastet. Die von den Euro-Befürwortern vor dem Referendum herausgestrichenen negativen Szenarien für den Wechselkurs der Krone sind nicht eingetreten. Doch sollten sich die schwedischen Euro-Gegner deshalb noch nicht in Sicherheit wiegen. Die Nagelprobe kommt bei den nächsten weltweiten Währungsturbulenzen. Sie dürfen die Geldpolitik und die außenwirtschaftlich orientierten Unternehmen auf eine harte Probe stellen.

Die **Finanzpolitik** zieht die Zügel allmählich an, nachdem der Finanzierungsüberschuss der öffentlichen Haushalte von 4,5% des BIP im Jahre 2001 im vorigen Jahr auf fast null geschrumpft war. Das über den Konjunkturzyklus hinweg vorgegebene finanzpolitische Ziel eines Finanzierungsüberschusses von 2% p.a. ist damit allerdings dank des hohen Aktivums 2001 nicht gefährdet. Der laufende Staatshaushalt sieht eine wieder konsolidierungsorientierte Linie vor unter Betonung einer zurückhaltenden Ausgabengebarung, zumal weitere Privatisierungen staatlichen Eigentums nicht auf der Agenda stehen. Steuererleichterungen wird es auf absehbare Zeit nicht geben. Bereits 2002 trat der Staat der sich deutlich verschlechternden Haushaltssituation in einem Nachtragshaushalt entgegen, welcher Abstriche auch für das Jahr 2004 vorsah, von denen selbst Sozialausgaben nicht verschont blieben. Während der Staat sich hauptsächlich auf die Anhebung der Energiesteuern beschränkt, wollen die Regionen und Gemeinden Steuern und Gebühren wiederum teilweise spürbar erhöhen; der zusätzliche Ertrag wird für die Jahre 2003 und 2004 auf rund 13 Mrd. Kronen geschätzt, wovon allein 8 Milliarden auf Stockholm entfallen. Die Gebietskörperschaften sind zu ausgeglichenen Budgets verpflichtet und müssen, so ein Defizit auftreten sollte, dieses innerhalb von zwei Jahren ausgleichen. Um der nach dem ablehnenden Euro-Referendum drohenden Verlagerung von Produktionen vorzubeugen, wurden die Arbeitgeberabgaben zur Sozialversicherung um 0,12 Prozentpunkte herabgesetzt. Kleinunternehmen werden steuerlich zusätzlich um insgesamt rund 1 Mrd. Kronen entlastet. Heuer dürften die öffentlichen Haushalte dank anhaltend hoher Überschüsse der Sozialversicherung einen Finanzierungsüberschuss in der Größenordnung von 1/2% des BIP ausweisen, und 2005 dürfte er auf rund 1% steigen, wobei diese Verbesserung wesentlich auf die mit der konjunkturellen Erholung verbundenen Mehreinnahmen und Minderausgaben zurückzuführen ist. Das mittelfristige Konsolidierungsziel dürfte bei derart langsamen Fortschritten nicht zu erreichen sein. Weitere Steuererleichterungen sind damit auf ab-

sehbare Zeit nicht möglich. Da in Dänemark im Oktober 2003 und in Finnland zu Beginn des laufenden Jahres die Besteuerung von Alkoholika erheblich verringert wurde und der »Schnaps-Tourismus« nach Dänemark bereits lebhaft in Schwung gekommen ist, dürfte eine Revision der Alkoholbesteuerung nur noch eine Frage der Zeit sein.

Eine wesentliche Entlastung für öffentliche Haushalte und Unternehmensbilanzen wären einschneidende Maßnahmen gegen die im westeuropäischen Vergleich **überaus umfangreichen krankheitsbedingten Absenzen am Arbeitsplatz** (Krankschreibungen, Frühpensionierungen). Im Jahre 2001 beliefen sich diese auf ca. 800 000 Mannjahre. Es waren wesentlich mehr Leute krank geschrieben, als Arbeitslose registriert. Das Ziel, die Zahl der Krankschreibungen bis 2008 zu halbieren und damit auf den Durchschnitt der neunziger Jahre zu senken, erscheint trotz schärferer Kontrollen etc. ambitioniert.

Die **Lohnpolitik** befindet sich angesichts der erst langsam vorankommenden konjunkturellen Erholung, spürbar zunehmender Arbeitslosigkeit und mäßig steigender Preise zunächst weiter auf moderatem Kurs. Das zeigt sich auch in den für 2004 seitens der Gewerkschaftsverbände LO und FI erhobenen Lohnforderung von 3 1/4% (einschließlich Wage-drift), welche eine Zunahme der Arbeitsverdienste um durchschnittlich 3 1/2% und damit gegenüber 2003 eine raschere Reallohnsteigerung erwarten lässt; in der verarbeitenden Industrie liegen sie unter, im öffentlichen Dienst über dieser Rate. Bei einem Anstieg der Arbeitsproduktivität um etwa 2 3/4% resultiert eine nur noch mäßige Zunahme der Lohnstückkosten, die nicht wesentlich über den für die EU und den Euroraum zu erwartenden Werten liegt. Es ist allerdings infolge der weitgehenden Verlagerung der Lohnbildungsprozesse im privaten Sektor auf die lokale Ebene schwierig geworden, sich ein Bild von der Lohnentwicklung zu machen. Denn die Branchentarifverträge geben den Tarifparteien auf örtlicher Ebene erheblichen Spielraum zu Abweichungen, je nach wirtschaftlicher Lage der Unternehmen. Das Statistische Zentralamt veröffentlicht aktuelle Lohnstatistiken lediglich für vier Bereiche und nicht für den gesamten privaten Wirtschaftssektor und schon gar nicht für die Gesamtwirtschaft. Im Jahre 2005 dürften infolge des lebhafteren Wirtschaftswachstums nicht nur stärkere Tarifloohnerhöhungen, sondern auch ein größere Wage-drift durchgesetzt werden; letztere spielt in Schweden eine größere Rolle als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern.

Die **Arbeitsmarktpolitik** hat eine überraschende Kehrtwende insofern vollzogen, als sie nun mit Blick auf die für schwedische Verhältnisse hohe Arbeitslosigkeit auch hier Hürden für die Zuwanderung von Arbeitskräften aus den neuen mitteleuropäischen EU-Mitgliedern zunächst für zwei Jahre errichtet hat. Dies entspricht der Linie, die von allen derzeitigen EU-Mitgliedern, mit Ausnahme Irlands, verfolgt wird.

Noch 2001 hatte gerade die schwedische EU-Ratspräsidentschaft die von Österreich und Deutschland diesbezüglich geäußerte Absicht als unsolidarisch und ordnungspolitisch bedenklich hart kritisiert.

Integrationspolitisch bedeutet das Scheitern des Euro-Referendums im September 2003 einen relativen Rückschritt und einen Verlust an schwedischen Einflussmöglichkeiten, ganz zu schweigen von der nach wie vor besonders hohen Anfälligkeit der Krone für Kursschwankungen. Bei einem Ja hätte Dänemark mit hoher Wahrscheinlichkeit nachgezogen. Aber damit ist das Projekt vermutlich nicht gestorben, sondern nur verschoben. Denn nachdem nun der Wille zur Eigenständigkeit demonstriert worden ist, könnten die Wähler beim nächsten Anlauf zustimmen. Hierfür spricht auch, dass Umfragen zur Jahreswende 2003/2004 ein leichtes Übergewicht der Befürworter signalisieren. Wäre die Volksabstimmung positiv ausgegangen, wäre Schweden gemäß den Planungen zum 1. Januar 2005 dem Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystem beigetreten und hätte Anfang 2006 den Euro als offizielles Zahlungsmittel eingeführt. Im Lichte der Erfahrungen, die bei der Einführung des Euro-Bargeldes gemacht wurden, sollte die öffentliche Hand zum Umstellungstermin auf jegliche Steuer- und Gebührenerhöhungen verzichten und für kürzere Zeit vor und nach dem Termin staatliche Preiskontrollen einführen, wie sie schon den Übergang zur Mehrwertsteuer Anfang 1971 stabilitätspolitisch erfolgreich abgesichert hatten.

Energiepolitisch zieht sich der ohnehin halbherzig und von der Bevölkerung mehrheitlich auch gar nicht mehr erwünschte (1980 hatte sich allerdings in einem Referendum eine Mehrheit dafür ausgesprochen) Ausstieg aus der Kernenergie weiter hin; etwa die Hälfte des Elektrizitätsverbrauchs wird von den elf Atomkraftwerken gedeckt. Bisher ist erst die Kernkraftzentrale Barsebäck I (Malmö) abgeschaltet worden. Barsebäck II, ursprünglich für 2001 zur Schließung vorgesehen, produziert immer noch. Der Stilllegungsentschluss fällt umso schwerer, als die Exportindustrie von einer Einschränkung der Versorgung mit billiger Elektrizität die Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition erwartet, der kompensatorische Ausbau erneuerbarer Energien (Windkraft etc.) nicht rasch genug voran kommt, das Potential an Einsparungsmöglichkeiten krass überschätzt wurde und in den letzten Jahren verschiedentlich infolge ungewöhnlicher winterlicher Kälte bzw. zu geringer Niederschläge Engpässe bei der Stromversorgung auftraten. Es fällt schwer, sich weitere Abschaltungen vorzustellen ohne die Verletzung der für diese Fälle vorgegebenen Voraussetzungen (Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit, Stabilität des Preisniveaus, keine zusätzliche Belastung der Umwelt etwa durch importierten oder selbst erzeugten Strom aus Kohlekraftwerken).

Wirtschaftsentwicklung 2004

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um $4\frac{1}{2}\%$. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um $2\frac{3}{4}\%$ zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um $3\frac{3}{4}\%$. In **Westeuropa**, und in der EU-15 erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um fast 2%; in Deutschland und im Euroraum expandiert es um $1\frac{3}{4}\%$. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 29,5 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 8% mehr als 2003. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,20 bis 1,30 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 11% ausgeweitet werden.

In **Schweden** gewinnt die konjunkturelle Erholung an Breite und geht allmählich in einen Aufschwung über, wobei die Wirtschaftspolitik annähernd konjunkturalneutral wirkt. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um $2\frac{1}{4}\%$, also etwas lebhafter als der westeuropäische Durchschnitt und als das auf ca. 2% geschätzte Potentialwachstum expandieren. Dies ist auch auf die Langzeitwirkung der in den neunziger Jahren erfolgten Rosskuren zurückzuführen. Weitaus am dynamischsten nimmt die Ausfuhr zu, kräftig stimuliert vom weltweiten Wirtschaftsaufschwung. Da die Einfuhr nicht ganz so rasch ausgeweitet wird, dürfte die Leistungsbilanz in Relation zum BIP einen neuerlich gestiegenen Überschuss ausweisen. Die langjährige Rezession der Bruttoanlageinvestitionen wird überwunden. Industrie und Dienstleistungssektor investieren wieder mehr, und der Wohnungsbau nimmt weiter zu (während der öffentliche Bau nochmals eingeschränkt wird). Der private Konsum expandiert rascher, obwohl die Beschäftigung etwas sinkt. Anregend wirken niedrigere Zinsen, höhere Hauspreise und Aktienkurse, das allgemein verbesserte Konjunkturklima und die damit sinkende Sparquote. Demgegenüber dürfte der Staatsverbrauch im Zuge der konsolidierungsorientierten finanzpolitischen Linie ähnlich schleppend zunehmen wie 2003. Auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich die Lage etwas, bleibt im europäischen Vergleich aber weiterhin günstig. Die Beschäftigung nimmt etwas ab, und die Arbeitslosenquote steigt nochmals – auf $5\frac{3}{4}\%$ im Jahresdurchschnitt. Der Preisauftrieb bleibt mäßig, zumal der Lohnauftrieb nachlässt und die Importpreise stabilisierend wirken. Die Konsumentenpreise dürften um $1\frac{1}{2}\%$ über dem Niveau von 2003 liegen.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen nimmt vermutlich um rund 6% zu, wobei allerdings zu Jahresbeginn ein beträchtlicher Überhang besteht. Zwar steigt der handelsgewichtete Wechselkurs der Krone weiter. Aber wie üblich ist die Entwicklung der Weltkonjunktur das ausschlaggebende Moment, und diese ist kräftig aufwärts gerichtet. Hierbei kommt der kräftigste Nachfrageschub aus Nord-

amerika (Anteil am schwedischen Export 2002: 13%) und den ostasiatischen Ländern des Dollarraums (Ausfuhranteil 2002: 5,3%). In Richtung Schweden wird er zwar durch die weitere Aufwertung der Krone gegenüber dem US-Dollar gedämpft, aber gleichwohl kräftig sein. Erstens, weil das Wachstum im gesamten Dollarraum zunehmend von der Investitionskonjunktur getragen wird und Investitionsgüter einen Schwerpunkt der schwedischen Produktpalette bilden. Zweitens, weil die Nachfrage nach IT-Erzeugnissen kräftig aufwärts weist und ein schwedischer Großkonzern hier zu den weltweit führenden Anbietern zählt. Drittens entwickelt sich das Produktivitätswachstum gerade in der Exportindustrie seit vorigem Herbst recht günstig. Und schließlich wird die Exportkraft weiterhin gestärkt durch die mit 4,27% des BIP (2002) im internationalen Vergleich sehr hohen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung. Damit behalten schwedische Anbieter auch ihre starke Stellung innerhalb Westeuropas (dorthin gingen 2002 63% der Warenlieferungen), wo sich die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung (nunmehr mitgetragen von den Ausrüstungsinvestitionen) ebenfalls festigt und nennenswerte Wechselkursveränderungen zu Lasten schwedischer Anbieter wenig wahrscheinlich sind. Auch verschlechtert sich die Position beim Anstieg der Lohnstückkosten gegenüber dem westeuropäischen Durchschnitt infolge der weiterhin erheblichen Rationalisierungsanstrengungen nur langsam. Da der **Import** etwas weniger lebhaft zunimmt als die Ausfuhr und sich die Terms of Trade leicht verbessern, dürfte die **Leistungsbilanz** mit einem auf 41/4% erhöhten Überschuss schließen.

Der **private Konsum** expandiert um 21/2% und damit zunächst weiter leicht beschleunigt. Stimulierend wirken neben dem allgemein günstigeren wirtschaftlichen Umfeld die weiter zunehmende Beschäftigung, niedrigere Zinsen sowie die sich tendenziell normalisierende Sparquote nach dem überdurchschnittlich hohen Stand der letzten beiden Jahre. Außer-

dem werden Aktienkurse und Hauspreise weiter steigen, und der Schock wegen der in den Jahren 2000/2002 infolge der Aktienbaisse erlittenen Vermögenseinbußen klingt ab. Andererseits dürften die realen verfügbaren Einkommen kaum schneller zunehmen als 2003, da die Lohnpolitik einen moderaten Kurs steuert und die Gebietskörperschaften Steuern, Gebühren und Abgaben teilweise spürbar heraufsetzen. Dauerhafte Güter, u.a. auch Unterhaltungselektronik, werden überdurchschnittlich von der Konsumausweitung profitieren. Der **öffentliche Verbrauch** dürfte sich im Zuge der auf Konsolidierung gerichteten Finanzpolitik sowie der um Budgetausgleich bemühten Gebietskörperschaften nur um 1/2% erhöhen, das Minimum dessen, was angesichts der demographischen Entwicklung zur quantitativen und qualitativen Aufrechterhaltung der öffentlichen Leistungen nötig erscheint.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** überwinden die Rezession der beiden Vorjahre und expandieren um 13/4%, wobei die Entwicklung bei den Ausrüstungsinvestitionen einerseits und bei den Bauinvestitionen andererseits sehr unterschiedlich verläuft. Entscheidend ist das Anspringen der Investitionstätigkeit in der verarbeitenden Industrie sowie im Dienstleistungssektor, wo 2002 und 2003 zusammengenommen Einbrüche von annähernd 11% zu verzeichnen waren. Dies impliziert Nachholbedarf vor allem an Ausrüstungsinvestitionen. Zusätzlich stimulieren bessere Absatz- und Ertragsaussichten, gesunkene Zinsen und der Zwang zu scharfer Rationalisierung der Produktion. Erweiterungsinvestitionen dürften noch nicht in größerem Umfang getätigt werden, da die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie im Jahresdurchschnitt vermutlich erst wieder das Mittel der neunziger Jahre erreichen wird. Nach dem scharfen Einbruch der Vorjahre ist vor allem in der Investitionsgüterindustrie eine deutliche zyklische Wende zu erwarten. Die Bauinvestitionen sind ebenfalls aufwärts gerichtet. Der Wohnungsbau gewinnt nach vorübergehendem schwachen Wachstum vor

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

| | 2002 | 2003 ^{a)} KI ^{b)} | KI ^{b)} | 2004 ^{a)} EU ^{c)} | OECD ^{d)} | KI ^{b)} | 2005 ^{a)} EU ^{c)} | OECD ^{d)} |
|--|------|--|------------------|--|--------------------|------------------|--|--------------------|
| Bruttoinlandsprodukt | 1,9 | 1,5 | 2,2 | 2,2 | 2,3 | 2,5 | 2,6 | 2,7 |
| Inlandsnachfrage | 0,7 | 0,9 | 1,8 | 1,8 | 2,1 | 2,6 | 2,3 | 2,7 |
| Privater Verbrauch | 1,3 | 1,9 | 2,7 | 2,3 | 2,5 | 3,0 | 2,3 | 2,6 |
| Staatsverbrauch | 2,1 | 0,6 | 0,2 | 0,6 | 0,7 | 0,3 | 0,7 | 0,7 |
| Bruttoanlageinvestitionen | -2,5 | -2,0 | 1,2 | 2,2 | 2,7 | 5,3 | 4,9 | 6,1 |
| Exporte ^{e)} | 0,4 | 5,7 | 5,9 | 6,0 | 5,0 | 6,5 | 6,8 | 6,6 |
| Importe ^{e)} | -2,7 | 4,7 | 5,7 | 5,6 | 4,8 | 7,6 | 7,0 | 6,9 |
| Industrieproduktion (ohne Bau) | -3,4 | 1,7 | 3,1 | n.a. | n.a. | 4,8 | n.a. | n.a. |
| Konsumentenpreise (HVP) | 2,0 | 2,3 | 1,1 | 1,4 | 1,4 | 1,3 | 1,7 | 2,2 |
| Arbeitslosenquote | 4,9 | 5,5 | 5,9 | 5,8 | 4,7 | 5,6 | 5,7 | 4,4 |
| Leistungsbilanz ^{f)} | 4,2 | 4,7 | 5,3 | 4,1 | 4,3 | 5,4 | 4,4 | 4,9 |
| Finanzierungssaldo des Staates ^{g)} | 1,3 | 0,3 | 0,4 | 0,5 | 0,5 | 1,0 | 1,0 | 1,0 |

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Konjunkturinstitutet, Stockholm, vom Dezember 2003. – ^{c)} Kommission der EU, Brüssel, vom Oktober 2003. – ^{d)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom November 2003. – ^{e)} Güter und Dienstleistungen. – ^{f)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

allem in den Agglomerationen allmählich an Dynamik, gefördert durch gesunkene Zinsen, steigende Immobilienpreise und stetig zunehmende reale verfügbare Einkommen. Allerdings zeichnet sich eine Verschiebung hin zu weniger exklusiven Bauten ab. Im gewerblich-industriellen Bau dürfte die Durststrecke erst im späteren Verlauf des Jahres auslaufen. Hohe Leerstände und zunächst noch sinkende Mieten für Büro- und Geschäftsräume bremsen ebenso wie die erst vereinzelten Erweiterungsinvestitionen in Industrie und Distribution mit Ausnahme der stärker in Schwung kommenden Netzinvestitionen für die dritte Mobilfunk-Generation. Der öffentliche Bau wird von den auf allen Ebenen der Verwaltung durchgeführten Sparmaßnahmen beeinträchtigt. Er dürfte im Laufe des Jahres zurückgehen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** ist eine weitere Abnahme der Beschäftigung bei fortgesetzter, wiewohl allmählich abschwächender Zunahme der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Die Arbeitslosenquote dürfte – entsprechend dem Schema von EUROSTAT – im Jahresdurchschnitt auf $5\frac{3}{4}\%$ steigen. Diese Entwicklung bei gleichzeitig weiter anziehendem Wirtschaftswachstum beweist einmal mehr, dass der Arbeitsmarkt ein Nachläufer der Konjunktur ist. Negative Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den Arbeitsmarkt werden 2004 und auch in den folgenden Jahren nicht befürchtet, da Schweden wie fast alle EU-Länder von der vertraglich vorgesehenen Möglichkeit zur Begrenzung des Zuzugs mitteleuropäischer Arbeitskräfte Gebrauch macht.

Die Preise, hierauf lässt auch die Entwicklung der Großhandelspreise schließen, werden nur langsam steigen. Gedämpft wird die Inflation durch Verbilligungen bei der Einfuhr, moderatere Lohnabschlüsse und niedrigere Zinsen. Preistreibend wirken hingegen die neuerlichen Anhebungen von Gebühren und administrierten Preisen seitens der Regionen und Gemeinden. Letztere wollen außerdem die Mieten für Gemeindewohnungen spürbar heraufsetzen. Zudem wurde die Energiesteuer angehoben. Schweden ist indes nicht das einzige westeuropäische Land, in dem die öffentliche Hand dem Preisauftrieb überdurchschnittlich Vorschub leistet. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) dürften sich im Jahresdurchschnitt um $1\frac{1}{2}\%$ erhöhen.

Wirtschaftsentwicklung 2005

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um $3\frac{1}{4}\%$. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um $1\frac{1}{2}\%$ zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um fast 4%. In **Westeuropa** und der EU-15 erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. $2\frac{1}{2}\%$; im Euroraum und in Deutschland expandiert es etwas weniger kräftig. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt wie-

der bei 29,5 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 7% mehr als 2004. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,25 bis 1,35 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von $9\frac{1}{4}\%$ ausgeweitet werden.

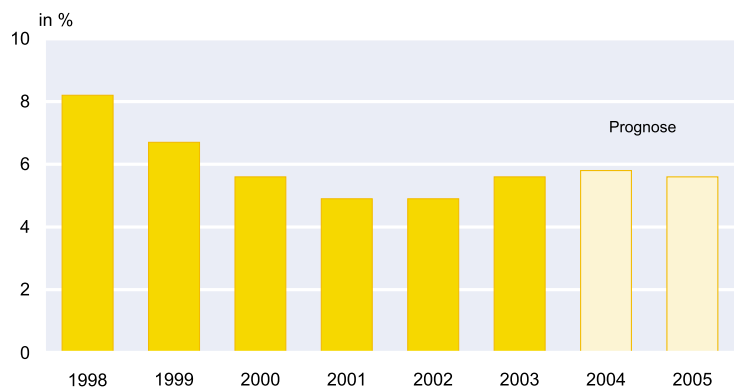
In **Schweden** setzt sich das Wachstum von Nachfrage und Produktion bis weit in das Jahr hinein in tendenziell wenig verändertem Tempo fort, mehr als bisher basierend auf der Inlandsnachfrage, obwohl die Wirtschaftspolitik weiterhin ungefähr konjunkturneutral wirkt. Die Ausfuhr, angeregt von der günstigen weltwirtschaftlichen Entwicklung, weist trotz nochmals steigendem Wechselkurs der Krone erneut die höchste Veränderungsrate aller Nachfrageaggregate auf. Da der Import jedoch noch dynamischer ausgeweitet werden dürfte, wird der von der Außenwirtschaft ausgehende Wachstumsbeitrag geringer sein als 2004; in Relation zum BIP erhöht sich das Aktivum der Leistungsbilanz kaum noch. Bei der inländische Nachfrage weisen die Bruttoanlageinvestitionen erstmals seit dem Jahr 2000 wieder die größte Dynamik auf, und dies auf breiter Basis. So dürfte die Zunahme bei den Ausrüstungsinvestitionen ihren zyklischen Höhepunkt erreichen, stimuliert durch die weiter verbesserte Absatz- und Ertragssituation, immer noch günstige Finanzierungsmöglichkeiten und steigende Kapazitätsauslastung. Aber auch die Bauinvestitionen gewinnen auf breiter Front an Schwung. Der private Konsum wird durch rascher steigende reale verfügbare Einkommen sowie durch die weiter sinkende Sparquote angeregt, während sich der öffentliche Verbrauch weiterhin nur schwach erhöht. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** expandiert um annähernd $2\frac{3}{4}\%$, also wiederum stärker als das Wachstum des Produktionspotentials. Infolgedessen bessert sich auf dem Arbeitsmarkt die Lage langsam, aber stetig; die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf $5\frac{1}{2}\%$ sinken. Im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs verteuert sich aber auch die Lebenshaltung rascher. Die Konsumentenpreise dürften um etwa 2% über dem Niveau von 2004 liegen.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen dürfte um annähernd 7% zunehmen, stimuliert von der immer noch deutlich aufwärts gerichteten Weltkonjunktur und nur leicht gedämpft von der nochmals aufwertenden Krone und dem leicht über dem westeuropäischen Durchschnitt liegenden Anstieg der Lohnstückkosten. Zwar ist in den USA nach den Präsidentschaftswahlen eine nicht mehr so expansive Wirtschaftspolitik und ein weniger lebhaftes Wirtschaftswachstum zu erwarten. Aber in Ost- und Südostasien sowie in Europa erhöhen sich Nachfrage und Produktion stärker als 2004. Das gilt insbesondere für Mittel- und Osteuropa, dessen Anteil an den Warenlieferungen 2002 6,6% betragen hatte, der weiter spürbar steigt. Im Einzelnen profitieren schwedische Anbieter weiterhin besonders von der weltweit sehr lebhaften Nachfrage nach IT-Produkten und anderen langlebigen

Konsumgütern sowie – im Zuge des international immer noch aufwärts schwingenden Investitionszyklus – nach den auf der schwedischen Exportpalette besonders schwer wiegenden Investitionsgütern. Die weitere Aufwertung der Krone wird die Ausfuhrerweiterung weniger als im Vorjahr bremsen, da diese gegenüber den Währungen des Dollarraumes nicht mehr so stark und gegenüber dem Euro gar nicht mehr aufwerten dürfte. Da der **Import** noch dynamischer wächst als die Ausfuhr und sich die Terms of Trade kaum noch verbessern, dürfte im Verhältnis zum BIP ein etwa dem Ergebnis des Vorjahres entsprechender Überschuss der **Leistungsbilanz** resultieren.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** expandieren vermutlich um $5\frac{1}{2}\%$. Deutlich lebhafter werden die Ausrüstungsinvestitionen ausgeweitet. Das gilt besonders für Industrie und privaten Dienstleistungssektor. Stimulierend wirken günstigere Produktionsentwicklung sowie verbesserte Absatz- und Ertragsprognosen, immer noch günstige Finanzierungsmöglichkeiten, der über dem langfristigen Durchschnitt steigende Auslastungsgrad in der verarbeitenden Industrie, der noch nicht gedeckte Nachholbedarf nach den Jahren der Investitionsrezession 2002/2003 sowie der eher noch verschärfte Zwang zur Rationalisierung angesichts der nach wie vor etwas rascher als im westeuropäischen Vergleich steigenden Lohnstückkosten. Hinzu addiert sich der forcierte Ausbau der Übertragungsnetze für die dritte Mobilfunk-Generation. Die Bauinvestitionen nehmen zwar unterdurchschnittlich, aber auf ganzer Breite zu. Der Wohnungsbau wird durch die immer noch günstigen Hypothekenzinsen, spürbar steigende reale verfügbaren Einkommen, günstige konjunkturelle Perspektiven und die Überwindung der zyklischen Flaute im Großraum Stockholm angeregt. Die Industrie investiert u.a. im Zuge von Kapazitätserweiterung mehr in Bauten. Und schließlich nimmt mit fortgesetztem Wirtschaftswachstum auch die Nachfrage nach Büro- und Ladenlokalen wieder zu. Investitionen in diesem Bereich rentieren sich auch wieder besser, nachdem der Tiefpunkt bei den Mieten für Geschäftsräume 2004 durchschritten worden war. Auch die öffentliche Hand weitet ihre Investitionen (ganz überwiegend sind das Bauinvestitionen) aus, da die finanzielle Lage der Gebietskörperschaften im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs sowie infolge von Steuer- und Gebührenerhöhungen spürbar besser wird.

Der **private Konsum** nimmt um $2\frac{3}{4}\%$ zu, wesentlich stimuliert von den deutlich steigenden realen verfügbaren Einkommen, der sich verbessernden Lage auf dem Arbeitsmarkt sowie dem günstigeren konjunkturellen Umfeld. Letzteres bewirkt erfahrungsgemäß eine Reduktion der Sparquote, und dies umso mehr, als mit einem weiteren Anstieg

Arbeitslosenquote

Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

von Hauspreisen und Aktienkursen gerechnet werden kann. Auch sind die Zinsen immer noch niedrig. Überdurchschnittlich dürften dauerhafte Konsumgüter, besonders IT-Erzeugnisse, Automobile, Wohnungseinrichtungen, von dieser Verbrauchsentwicklung profitieren. Ferner wird wohl erheblich mehr Geld für Auslandsreisen ausgegeben werden, da diese durch die Aufwertung der Krone billiger geworden sind und die Konsumenten auf diesem Gebiet während der Jahre 2001/2003 eine erhebliche Zurückhaltung gezeigt haben. Der **öffentliche Verbrauch** dürfte, der konsolidierungsorientierten finanzpolitischen Linie folgend, nur um $\frac{3}{4}\%$ ausgeweitet werden.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Situation langsam, aber stetig. Die Beschäftigung erhöht sich allmählich, und die Arbeitslosigkeit geht zurück. Diese Entwicklung ist hauptsächlich konjunkturell bedingt, doch spielt auch die Ausweitung der Teilzeitarbeit eine Rolle. Da in vielen Fällen Fachkräfte auch während der zurückliegenden konjunkturellen Flaute gehalten worden waren und die Arbeitsproduktivität spürbar steigt, dürfte der in Zeiten guter Konjunktur übliche Mangel an qualifizierten Kräften zwar zunehmen, aber in relativ engen Grenzen bleiben. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf $5\frac{1}{2}\%$ sinken.

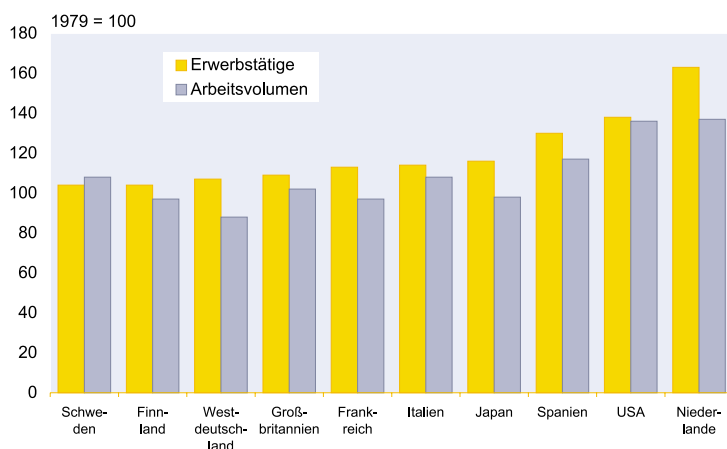
Die **Konsumentenpreise** (HVP) erhöhen sich wieder schneller. Im Jahresdurchschnitt dürften sie um ca. 2% steigen. Die Lohnkosten tendieren stärker aufwärts, bessere Konjunktur und steigende Kapazitätsauslastung erlauben die Durchsetzung höherer Preise und besserer Gewinnmargen, die von den Importpreisen ausgehenden stabilisierenden Effekte lassen nach, und Regionen und Gemeinden setzen neuerlich Gebühren und administrierte Preise herauf. Ferner steigen die Zinsen im weiteren Verlauf des Jahres wieder.

Abgeschlossen am 18. Februar 2004

Im Folgenden wird die Beschäftigungsentwicklung im Zeitraum von 1979 bis 2002 in Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Schweden, Spanien sowie in den USA und Japan betrachtet. Es zeigt sich, dass die Zahl der Erwerbstätigen in diesen Ländern seit 1979 um 23% angestiegen ist. Es sind also in erheblichem Maße zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden. Die Zunahme der Erwerbstätigenzahl fällt aber von Land zu Land recht unterschiedlich aus. Den größten Beschäftigungszuwachs verzeichneten die USA und die Niederlande. Den geringsten Anstieg mussten Finnland, Schweden und Westdeutschland registrieren.

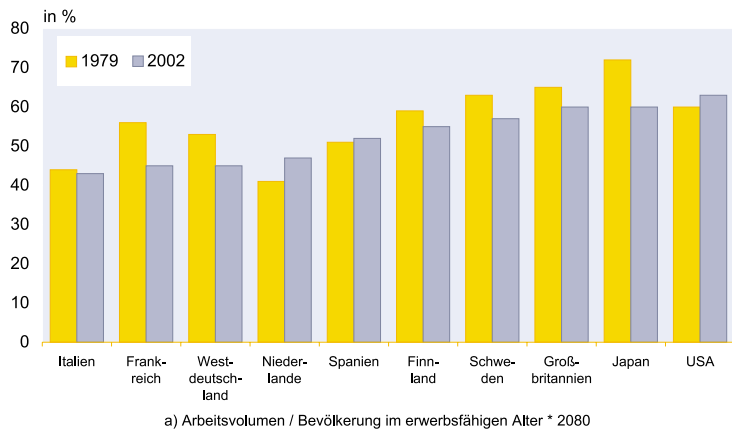
Die Zahl der Erwerbstätigen zeigt aber nur ungenau, in welchem Maße mehr Arbeit geleistet worden ist. Durch eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit und durch Verbreitung der Teilzeitarbeit kann nämlich die Erwerbstätigenzahl zunehmen, ohne dass mehr Stunden gearbeitet werden. Es ist deshalb erforderlich, die Erwerbstätigenzahl mit der Anzahl der pro Jahr gearbeiteten Arbeitsstunden (unter Einbeziehung der Teilzeitarbeit) zu multiplizieren, d.h. das Arbeitsvolumen zu ermitteln. Aber auch wenn man berücksichtigt, dass mit Ausnahme von Schweden die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit abgenommen hat, ist immer noch im Durchschnitt der zwölf Länder eine positive Entwicklung des Arbeitsvolumens zu verzeichnen. Das Arbeitsvolumen nahm zwischen 1979 und 2002 immerhin um knapp 14% zu. Am stärksten erhöhte es sich in den Niederlanden und in den USA. Einen Rückgang mussten dagegen Westdeutschland, Finnland, Frankreich und Japan hinnehmen (vgl. Abb. 1).

Abb. 1
Erwerbstätige und Arbeitsvolumen in einzelnen OECD-Ländern, 1979 - 2002



Quelle: Sachverständigenratsgutachten, OECD Employment Outlook, DICE database.

Abb. 2
Auslastungsgrad des Faktors Arbeit^{a)} in einzelnen OECD-Ländern



a) Arbeitsvolumen / Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter * 2080

Quelle: Sachverständigenratsgutachten, OECD Employment Outlook, OECD Quarterly Labour Force Statistics, DICE database.

Der Anstieg der Erwerbstätigenzahl und des Arbeitsvolumens lässt nun aber für sich genommen noch nicht erkennen, ob damit auch eine Verbesserung der Beschäftigungssituation bei einer Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter verbunden ist. Um die Bevölkerungsentwicklung zu berücksichtigen, muss das Arbeitsvolumen zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter oder besser zur (potentiellen) Zahl an Arbeitsstunden, welche die Bevölkerung bei vollem Arbeitseinsatz leisten könnte, in Beziehung gesetzt werden. Das heißt, es muss der »Auslastungsgrad« des Faktors Arbeit berechnet werden. Dabei wird in der Regel davon ausgegangen, dass pro Jahr 2080 Stunden (d.h. pro Monat 173 Stunden) gearbeitet werden. Die Berechnungen zeigen, dass als Folge des Anstiegs der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter das Arbeitsvolumen pro Kopf sich nur unwesentlich ändert. Wie Abbildung 2 zeigt, ist die Entwicklung von Land zu Land aber sehr unterschiedlich. Einem deutlichen Anstieg des Auslastungsgrades in den Niederlanden und in den USA und einem geringen Anstieg in Spanien steht ein Rückgang in allen anderen Ländern gegenüber. Dieser Rückgang ist in Japan, Frankreich und Westdeutschland beträchtlich.

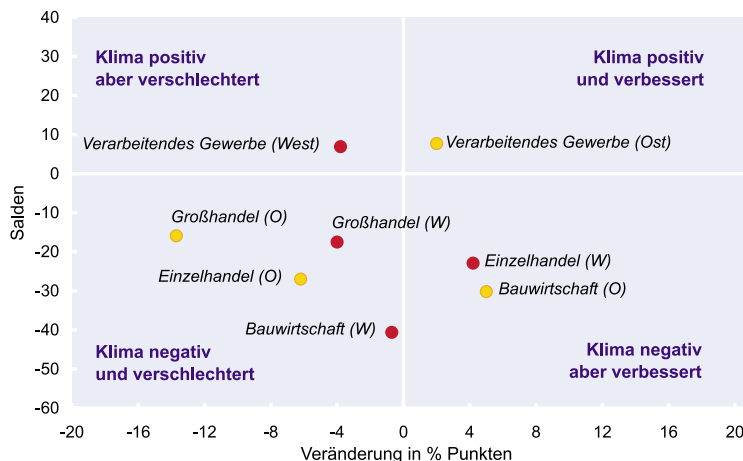
W.O.

Das Geschäftsklima in der **gewerblichen Wirtschaft** in der Bundesrepublik Deutschland² hat sich im Februar nach der kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung in den neun Monaten davor wieder etwas verschlechtert. Ausschlaggebend hierfür waren die weniger optimistischen Erwartungen der Unternehmen, vor allem in Westdeutschland. An der immer noch unbefriedigenden Geschäftslage hat sich im Durchschnitt nichts Wesentliches verändert, sie hat sich in den alten Bundesländern etwas verbessert, in den neuen Bundesländern leicht eingetrübt. Aus der Abkühlung des Geschäftsklimas sollte allerdings noch keine bevorstehende Trendwende abgeleitet werden. Mit einer solchen ist erfahrungsgemäß erst zu rechnen, wenn der Klimaindikator mindestens dreimal in Folge in die gleiche Richtung weist. Vielmehr ist zu vermuten, dass sich bei den vielleicht zu optimistischen Erwartungen eine gewisse Korrektur ergeben hat, zumal die tatsächliche konjunkturelle Entwicklung nur langsam an Fahrt gewinnt.

Im verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima etwas abgekühlt. Ursächlich hierfür war die Entwicklung in Westdeutschland, während im Osten eine Besserung zu beobachten war. Auch im Großhandel tendierte der Indikator nach unten, vor allem in den neuen Bundesländern. Für das Bauhauptgewerbe ergab sich nur eine geringe Verschlechterung, hier wurde die leichte Abwärtsentwicklung bei den westdeutschen Unternehmen durch die positive Entwicklung bei den ostdeutschen nahezu kompensiert. Am stärksten ausgeprägt war die Verschlechterung im Großhandel, insbesondere in den neuen Bundesländern. Der Einzelhandel konnte eine geringe Aufhellung des Klimas registrieren, jedoch nur im Westen, in Ostdeutschland sank der Indikator dagegen (vgl. Abbildung).

Die Geschäftslage im **verarbeitenden Gewerbe** Westdeutschlands wurde im Durchschnitt ähnlich wie im Vormonat leicht negativ beurteilt. Sie besserte sich im Investitionsgüterbereich und in geringem Maß auch im Vorproduktbereich, während sie im Konsumgüterbereich – und hier insbesondere bei den Gebrauchsgüterherstellern – ungünstiger beurteilt wurde als im Vormonat. Die Nachfrage zog erneut an, jedoch äußerten sich die Unternehmen unverändert unzufrieden über ihre Auftragsreserven. Deutlich abgeschwächt hat sich der Optimismus in den Geschäftserwartungen. Vor dem Hintergrund des starken Euro schätzten die Unternehmen auch ihre Chancen im Exportgeschäft erneut weniger zuversichtlich ein als im Vormonat. Im verarbeitenden Gewerbe der neuen Bundesländer gewannen dagegen die positiven Geschäftslageurteile ein leichtes Übergewicht. Neue Aufträge gingen abermals etwas mehr ein als im Vormonat, jedoch änderte sich dadurch nichts an der ne-

Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen im Februar 2004¹⁾



1) Saisonbereinigte Werte. W=Westdeutschland, O=Ostdeutschland.
Quelle: ifo Konjunkturtest.

gativen Beurteilung der Auftragslage insgesamt. Im Gegensatz zu den Unternehmen in den alten Bundesländern zeigten sich die ostdeutschen in Bezug auf die Perspektiven im kommenden halben Jahr unverändert zuversichtlich. Auch in den Exporterwartungen keimte wieder ein Hoffnungsschimmer auf. Im Westen wie im Osten zeigten die Produktionspläne – zwar abgeschwächt – weiter nach oben. Gewisse Spielräume für Preissteigerungen in den nächsten Monaten sahen allerdings nur die Testfirmen in Westdeutschland. Ein Ende des Personalabbaus zeichnete sich weder in den alten noch in den neuen Bundesländern ab.

Die Unternehmen des westdeutschen **Bauhauptgewerbes** bewerteten einerseits ihre aktuelle Geschäftssituation nicht mehr ganz so ungünstig wie in den letzten Monaten, sahen aber der künftigen Geschäftsentwicklung wieder skeptischer entgegen. Dies war sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau zu beobachten. Im Durchschnitt stieg der Auslastungsgrad der Gerätekapazitäten um einen Prozentpunkt auf 60% an und lag somit auf dem vergleichbaren Vorjahreswert. Dagegen hat sich die Reichweite der Auftragsbestände (2,2 Produktionsmonate) verringert; vor Jahresfrist hatte sie sogar 2,4 Monate betragen. Dementsprechend waren auch weiterhin gut 60% der Baufirmen mit ihrer Auftragslage nicht zufrieden. In den neuen Bundesländern haben sich neben der Geschäftslage auch die Erwartungen verbessert. Die Meldungen der im Tiefbau tätigen Unternehmen ließen sogar wachsende Zuversicht erkennen, während sich die Perspektiven für den Hochbau wieder eingetrübt haben. Die Maschinen waren mit 65% wieder stärker ausgelastet als im

¹ Die ausführlichen Ergebnisse des ifo Konjunkturtests sowie Unternehmensbefragungen in den anderen EU-Ländern werden in den »ifo Konjunkturperspektiven« veröffentlicht. Die Zeitschrift kann zum Preis von 75,- EUR/Jahr abonniert werden.

² Seit Berichtsmontat Februar weist das ifo Institut die Ergebnisse des Konjunkturtests auch für Gesamtdeutschland aus. Nähere Informationen dazu finden Sie auf unter www.ifo.de.

Vormonat. Auch die Reichweite der Auftragsbestände (2,2 Monate) verlängerte sich und wurde nicht mehr so häufig als unzureichend bewertet. Die Baupreise dürften in Ostdeutschland eher noch etwas sinken, in Westdeutschland dagegen leicht anziehen. Während im Osten der Anteil der Unternehmen, die von einer Abnahme der Beschäftigtenzahl ausgingen, weiter abgenommen hat (per saldo 21%), hat er sich im Westen wieder erhöht (per saldo 36%).

Im **Großhandel** der alten Bundesländer hat die Unzufriedenheit mit der Geschäftslage zugenommen. Die Verschlechterung im Verbrauchsgüter- sowie im Nahrungs- und Genussmittelbereich konnte durch die Aufwärtsentwicklung im Gebrauchsgütersektor und im Produktionsverbindungshandel nicht kompensiert werden. Die Perspektiven haben sich sogar in allen Sektoren eingetrübt. Im Durchschnitt ist der Lagerdruck wieder fühlbar geworden, die Orderpläne zeigten demzufolge weiter leicht nach unten. Die ostdeutschen Großhändler stufen ihre Geschäftslage wieder als ungünstig ein, nachdem sie sich im Januar auf ein zufriedenstellendes Niveau verbessert hatte. Auch die Skepsis in den Erwartungen ist größer geworden. Da außerdem der Lagerdruck spürbar zugenommen hat, beabsichtigten die Testteilnehmer vermehrt Kürzungen der Bestellvolumina. Während sich im Westen offenbar weiterhin gute Chancen für Preisanhebungen in den nächsten Monaten ergeben, haben sich die Spielräume im Osten nach Einschätzung der Firmen deutlich verengt.

Die Geschäftslage im **Einzelhandel** Westdeutschlands hat sich nach der Abwärtsentwicklung in den vorangegangenen drei Monaten wieder erholt, von einem zufriedenstellenden Niveau war man jedoch ein gutes Stück entfernt. Von der Besserung profitierten sowohl der Food- als auch der Non-Food-Bereich. Die Lagerüberhänge konnten nur teilweise abgebaut werden, zumal auch die Umsätze unter dem Ergebnis vom Vorjahr blieben. Da die Unternehmen auch ihre Geschäftsperspektiven wieder skeptischer einschätzten – vor allem für kurzlebige Konsumgüter –, revidierten sie ihre Orderpläne noch weiter nach unten. Die Unternehmen in den neuen Bundesländern bewerteten dagegen ihre aktuelle Geschäftslage erneut negativer als im Vormonat. Zwar ließ der Lagerdruck trotz schwacher Nachfrage nach, die Firmen planten aber vermehrt, sich bei der künftigen Bestelltätigkeit zurückzuhalten. Ausschlaggebend hierfür dürfte gewesen sein, dass sie der künftigen Geschäftsentwicklung insgesamt mit erhöhtem Pessimismus entgegen sahen. Den Meldungen nach zu schließen, werden die Verkaufspreise in den nächsten Monaten – wie in Westdeutschland – etwas angehoben. Der Anteil der Unternehmen, die von einem Personalabbau ausgingen, hat in beiden Berichtskreisen zugenommen.

ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung

- 4 *Die Einwohnergewichtung auf Länderebene im Länderfinanzausgleich.*
Von Chr. Baretti, B. Huber, K. Lichtblau unter Mitarbeit von R. Parsche. ca. 360 S. 2001. € 25,-
- 5 *Finanzpolitik im Spannungsfeld des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Zwischen gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen und wirtschafts- und finanzpolitischem Handlungsbedarf.*
Von W. Leibfritz, R. Dumke, A. Müller. ca. 200 S. 2001. € 25,-
- 6 *Anreizeffekte des Länderfinanzausgleichs.*
Von Chr. P. Baretti. 244 S. 2001. € 28,-
- 7 *Die Unternehmensgruppe in der Konzentrationserfassung der amtlichen Statistik. Erfassung von Kapitalverflechtungen zwischen Unternehmen und von wettbewerblich relevanten Kooperationen.*
Von Uwe Chr. Täger unter Mitarbeit von S. Brander (†), J. Lachner. 271 S. 2002. € 30,-
- 8 *Auswirkungen des demographischen Wandels auf die staatlichen Alterssicherungssysteme. Modellrechnungen bis 2050.*
Von M. Werding, H. Blau. 177 S. 2002. € 20,-
- 9 *Der Maschinenbau im Zeitalter der Globalisierung und »New Economy«.*
Von H.-G. Vieweg, H. Hofmann, C. Dreher, S. Kinkel, G. Lay, U. Schmoch. ca. 261 S. 2002. € 45,-
- 10 *Alterssicherung im internationalen Vergleich. Finanzierung, Leistungen, Besteuerung.*
Von R. Fenge, A. Gebauer, Chr. Holzner, V. Meier, M. Werding. 288 S. 2003. € 30,-
- 11 *Finanzmärkte, Corporate Governance, IuK-Technologien. Treibende Faktoren für den Wandel in der Industrie.*
Von H.-G. Vieweg, M. Reinhard, A. Weichenrieder, R. Meisenzahl, B. Novack. 221 S. 2003. € 45,-
- 12 *Die Bedeutung von Patentschutz für den Technologietransfer in Entwicklungsländer. Erfahrungen der chemischen Industrie in Südkorea, Malaysia und Chile im Vergleich.*
Von Th. Röhm. 349 S. 2003. € 30,-
- 13 *Angebot und Nachfrage im Außenhandel. Theoretische Überlegungen und eine Kointegrationsanalyse für Deutschland.*
Von M. Meurers. 257 S. 2003. € 25,-
- 14 *Modelle zur Übertragung individueller Altersrückstellungen beim Wechsel privater Krankenversicherer.*
Von V. Meier, M. Werding, F. Baumann unter Mitarbeit von W. Dietl. 333 S. 2004. € 35,-

ifo Forschungsberichte

- 11 *Neugestaltung des Soziallastenansatzes im kommunalen Finanzausgleich Rheinland-Pfalz.*
Von R. Parsche, Chr. Baretti, E. Langmantel. 62 S. 2002. € 11,-
- 12 *Möglichkeiten und Risiken der Einführung eines grenzüberschreitenden Vorsteuerabzugs auf europäischer Ebene.*
Von A. Gebauer, Ch.W. Nam, R. Parsche unter Mitarb. von D. Radulescu, B. Reichl. 91 S. 2002. € 15,-
- 13 *Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens und finanzielle Auswirkungen neuerer Modelle bei der Umsatzbesteuerung.*
Von D. Dziadkowski, A. Gebauer, W. Ch. Lohse, Ch. W. Nam, R. Parsche. 145 S. 2002. € 17,-
- 14 *Wirtschaftslage und Reformprozesse in den Ländern Zentralasiens unter dem Einfluss des Afghanistankriegs.*
Von J. Albrecht, G. Huber, S. Schönherr unter Mitarbeit von R. Osterkamp. 93 S. 2002. € 10,-
- 15 *Bewegungslose Arbeit, gefesselter Blick. Sehen und Arbeiten bei neuen Produktionsmethoden.*
Von U. Adler. 103 S. 2002. € 10,-
- 16 *Emissionshandel mit Treibhausgasen in der Europäischen Union.*
Von J. Wackerbauer. 80 S. 2003. € 10,-
- 17 *Vom OFFENSIV-Gesetz zur »Aktivierenden Sozialhilfe«. Ein Konzept zur Reform der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik als Beitrag zu mehr Beschäftigung und Wachstum.*
Von Chr. Holzner, W. Ochel, M. Werding. 82 S. 2003. € 20,-
- 18 *Konjunkturzyklen und Konjunkturforschung in China. Business Cycles and Cycle Analysis in China. Deutsch-chinesische Kooperation in der empirischen Wirtschaftsforschung. German Chinese Co-operation in Empirical Economic Research.*
Von S. Schönherr (Vorwort), B. Reichl, S. Schönherr, M. Taube (Hrsg.), u.a. 333 S. 2003. € 25,-
- 19 *Steuerlich induzierte Kinderlasten: Empirische Entwicklung in Deutschland.*
Von R. Parsche, A. Gebauer, C. Grimm, O. Michler, Ch.W. Nam. 171 S. 2003. € 20,-
- 20 *Produktionsmittelbesteuerung der Landwirtschaft in ausgewählten EU-Partnerländern.*
Von R. Parsche, Ch.W. Nam, D.M. Radulescu, unter Mitarbeit von M. Schöpe. 282 S. 2004. € 25,-

Zu beziehen beim
ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Poschingerstr. 5, 81679 München

ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.ifo.de>

Englisch:

<http://www.cesifo.de/lfoInstitute>

